

Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2.50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinmetzen finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig, Zeiger Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33 819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einbindung auf Postcheck-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abchluss: Montag vormittag 10 Uhr

Nr. 18

Sonntag, den 5. Mai 1928

32. Jahrgang

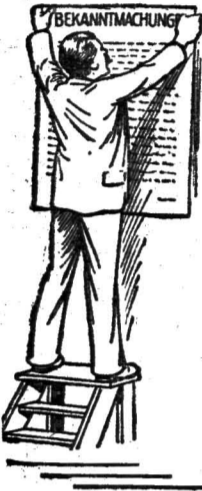
Aufruf

an die Mitglieder des Verbandes Werte Kollegen!

Der Kampf in der schlesischen Granitindustrie ist nach achtwöchiger Dauer in das entscheidende Stadium getreten. Mit größter Zähigkeit weigern sich die Unternehmer, den Arbeitern einen den Verhältnissen auch nur einigermaßen entsprechenden Lohn zu gewähren.

Der Tiefstand des schlesischen Lohnniveaus und die seiner Hebung entgegenstehenden Hindernisse lassen sich durch folgende Gegenüberstellung klar erkennen:

Bisheriger Jahresarbeiter-Stundenlohn	Schiedspruch des Landes-Schlichters	Letztes Unternehmer-Angebot
59,8 Pfg.	67 Pfg.	64 1/2 Pfg.
	Erhöhung der Akkordlöhne	
	10 bzw. 13 Proz.	7 1/2 Proz.



Die lange Dauer des Kampfes, an dem rund 7000 Kollegen beteiligt sind, veranlaßt uns, ab 18. Woche zunächst auf 5 Wochen doppelte Beiträge zu erheben. (Die Berechnung der Beitragsmarken mit der Hauptkasse geschieht in der bisherigen Weise, so daß durch die doppelten Beiträge gleichzeitig auch eine Stärkung der Lokalkassen eintritt. Die Extramarken sind in den neuen Büchern — Einheitsbücher des ASB. — auf die für Extramarken vorgesehenen Seiten zu kleben; in den alten Büchern und Interimskarten auf die den Beitragsrubriken gegenüberliegende Seite. Die eingehenden Beiträge sind wöchentlich an die Hauptkasse einzuliefern.)

Die Extramarkenbeiträge sind von allen Mitgliedern zu entrichten. Arbeitslosen, Kurzarbeitern und Kranken Kollegen können die Extrabeiträge gestundet werden, bis die sie betreffende Arbeitsbehinderung nicht mehr besteht.

Zur Berechnung von statistischen Unterstützungssätzen dürfen die Extramarken nicht herangezogen werden.

Der Vorstand erwartet, daß sich alle Mitglieder geschlossen hinter ihre ein größeres Stück Brot kämpfenden schlesischen Kollegen stellen und durch Aufbringung der Mittel zu einer erfolgreichen Beendigung des Kampfes beitragen.

Die Unternehmerwillkür muß durch den Einheitswillen der Arbeiter gebrochen werden!

Der Verbandsvorstand.

Unseren Verbandsmitgliedern, die an den Vorkommnissen, die den Verband berühren, lebhaften und innigen Anteil nehmen, wird der vorstehende Aufruf zur Stärkung unserer Kampftruppe nichts Überraschendes sein. Wir verraten auch kein Geheimnis, wenn wir hierbei einsehen, daß diese Maßnahmen von einer ziemlich großen Zahl von am Kampfe unbeteiligten Mitgliedern und Verbandsorten längst und wiederholt gewünscht wurde. Dieses Verlangen zeugt nicht nur vom Mitleiden der Kämpfer und von dem festen Willen, auf wirtschaftlichem Gebiet eine Besserung der Existenzlage zu erreichen, sondern ist auch ein herrlicher Beweis vom Solidaritätsbewußtsein und Verbundensein unserer Kollegen.

Ueber die in jetziger Situation gebotene Maßnahme der finanziellen Kampftruppenstärkung noch viel zu sagen, ist sicher überflüssig. Nicht der Lohnkampf der schlesischen Granitarbeiter, an dem allein ca. 7000 unserer Verbandsmitglieder seit 8 Wochen beteiligt sind, diktiert die Sonderleistung durch doppelte Beiträge, auch nicht, daß in übrigen Gebieten seit mehreren Wochen weitere 1000 Verbandsmitglieder im offenen wirtschaftlichen Kampfe stehen, veranlassen diese Maßnahme, sondern in der Hauptsache soll

der brutalen Arbeitgeberwillkür im schlesischen Granitgebiet durch den Gesamtwillen der Steinmetzen Deutschlands ein Baroli geboten werden.

Zunächst diese schlesischen Arbeitgeber glauben, durch Erschöpfung unserer Verbandskasse unsere schlesischen Kollegen müde zu bekommen, damit die Granitarbeiter zu Löhnen, die den Arbeitgebern angebracht erscheinen, in die Betriebe zurückkehren. Das muß natürlich mit allen uns zu Gebote stehenden gewerkschaftlichen Mitteln verhindert werden.

Das schlesische Granitgebiet hat in Arbeiter- und auch in Unternehmerkreisen der Steinindustrie außerhalb Schlesiens, soweit Löhne und Konkurrenz im menschlichen Dasein von Bedeutung sind, ein sehr schlechtes Ansehen, und allgemein ist bekannt, daß die Granitindustrie in Schlesien mit ihren erbärmlichen Löhnen den Orten, in denen sie dominiert, ein gewisses Armutsgefiel aufbringt, das sich praktisch widerpiegelt im dortigen Geschäftsleben. Auch kein Wunder, man schaue sich nur die im Aufruf aufgeführten Löhne an,

sie sind tatsächlich aufpeitschend und sicher geeignet, die Zermürbungstaktik der schlesischen Granitindustriellen durch unseren Willen zu durchkreuzen.

Selbst zu den Löhnen, die der Schiedspruch vorsieht, steht die schwere körperliche Arbeit bei der Steingewinnung und Steinbearbeitung in gar keinem Verhältnis, und wenn die dortigen

Granitarbeiter sich dennoch mit dieser Lohnhöhe abfinden wollten, so ist das allgemein ein Beweis der Einsicht in die bedrängte Lage der schlesischen Granitindustrie. Also eine viel vernünftigeren Einsicht, als sie von den Granitindustriellen bekundet wird. Diese Granitindustriellen haben bisher nur verstanden, in allen Tonarten über die schlechte Geschäftslage und den geringen Unternehmergewinn zu jammern. Das ist ihnen im Laufe der Jahre so in Fleisch und Blut eingegangen, daß jedes zweite Wort aus ihrem Munde den Jammerton in sich birgt. Die betreffenden Arbeitgeber haben schon so geklagt in früheren Jahrzehnten, so klagen sie heute erst recht, so klagen sie gewiß immerfort und „unternehmern“ sich dabei auf diese Art — auf dem Bude! der Arbeiter natürlich — ganz erträglich und einträglich im Profit durchs Leben.

Sie gönnen alles nur sich und den Arbeitern nichts!

Das ist in wenigen Worten die Situation; das pfeifen im schlesischen Granitgebiet die Spähen von den Dächern; das erzählen sich die kleinen und großen Geschäftsleute an ihren Stammtischen; das tönt aus den Lippen der Autos der Granitindustriellen; das stärkt zweifellos den Kampfwillen der streikenden und ausgepörrten Granitarbeiter, stärkt aber auch den Willen der Gesamtheit der Steinmetzen Deutschlands, um den Erschöpfungs- und Klassenleerungswillen der schlesischen Granitindustriellen — unter Führung eines Dr.-Juristen — gründlich zu zerstören.

Die verschiedenen Kampfes- bzw. Verhandlungsvorgänge wurden an dieser Stelle bereits in einzelnen Artikeln behandelt, wovon die Auswirkung war, daß sich eine Anzahl Verbandsorte meldete und sich rückhaltlos zu allen Leistungen bereit erklärte, um den Kampf der schlesischen Kollegen zu einem Kampfe der gesamten Kollegen Deutschlands zu machen. Wenn die schlesischen Granitindustriellen Befehlungen zugänglich wären, müßte sie dieses Bekenntnis aufhören lassen, müßte ihnen zeigen, welchen schlechten Ruf die von den erwähnten Industriellen repräsentierte Industrie in Arbeiterkreisen genießt. Also in jenen Kreisen, auf deren Arbeitskraft und sprichwörtliche Anspruchslosigkeit sich die Betriebsmöglichkeit, ja überhaupt die gute Existenz der Arbeitgeber erst aufgebaut hat. Das ist gewiß eine Binsenwahrheit, sie muß aber immer wieder gesagt werden, obgleich wir wissen, daß die schlesischen Granitindustriellen, die als Gemütsmenschen bekannt sind, sich daran nicht stoßen.

Zweifellos wird die schlesische Granitindustrie bedrängt, sie hat auch Abgabegebiete verloren in ähnlichem Verhältnis, wie sich im Osten die deutsche Landkarte verändert hat; das Abgabegbiet im Nordosten Deutschlands wird ihr ferner streitig zu machen versucht von Schweden, sie hat aber auch neuere Abgabegebiete gewonnen. Das ist überhaupt ähnlich wohl bei jedem geschäftlichen Unternehmen im Wettbewerb im Auf und Ab zu beobachten, und wenn ein solcher Wettbewerb nicht wäre, dann würde es in den Granitsteinbruchbetrieben Schlesiens tatsächlich noch viel primitiver aussehen wie heute. Und etwa einer Industrie vorstehen, die im Absatz eine Art Monopolstellung hat, das ist doch ganz gewiß keine Kunst, das kann sogar jeder, der die Hand zum Geldeinnehmen offenhalten kann. So ähnlich war es früher im schlesischen Granitgebiet, deshalb auch der eingetrodnete oder darauf konservierte Arbeitgeberstandpunkt von „Anno dunnemals“, der immer noch glaubt, daß eine Industriegruppe sich nur behaupten kann auf Kosten der Lebenshaltung ihrer Arbeitskräfte. Dieser Standpunkt wird übrigens nirgends in der deutschen Steinindustrie so kraß und rückständig herausgesteckt wie gerade im schlesischen Granitgebiet, wobei die dortigen Arbeiter seit Jahren wirklich eine Lammesgebild bekundet haben, trotz dem oft so provokatorischen Verhalten der Arbeitgeber in Lohnfragen.

Die Akkordarbeit in der Steinbearbeitung, die im Grunde Schuld daran trägt, daß die Stundenlöhne zurückgeblieben sind, war auch bisher immer die Veranlassung, daß die Granitarbeiter stets einen Floß zurückstießen, denn der Akkord sollte es ausgleichen. Durch die Akkordarbeit wurde das Letzte hergegeben und durch die immer teurer gewordene Lebenshaltung alles herausgeholt, was an Arbeitsleistung möglich war. Nun sind die Steinindustriellen fanatische Befürworter von Akkordarbeiten und dennoch begreifen sie infolge ihrer kurzfristigen Einseitigkeit nicht, wie durch die Behandlung der Lohnfragen und Nichtbeachtung der Hilfsarbeiter, die doch auch leben wollen, dem Akkordsystem das Rückgrat gebrochen und ihm tatsächlich der Boden entzogen wird. Das ist eine Entwicklung, die die Arbeitgeber gewiß nicht beabsichtigen, aber durch ihre Maßnahmen beschleunigen. Uns kann es letzten Endes nur recht sein.

Wir sagten bereits im Vorstehenden, daß die schlesische Granitindustrie bedrängt wird, sagen aber auch weiter, gestützt auf einwandfreie Unterlagen, ohne sie hier im einzelnen zu bringen, daß die billigen Preisangebote der schlesischen Granitindustrie der angrenzenden sächsischen Hartsteinindustrie außerordentlich viel zu schaffen machen, ja sogar auf die Lebenshaltung der gesamten deutschen Hartsteinarbeiter ein Abdruck lasten. Diese Tatsache ist den schlesischen Arbeitgebern nichts Unbekanntes, das halten sie sogar für ganz in Ordnung, denn „Sie gönnen alles nur sich“!

Unsere Verbandsmitglieder können aus den bisherigen Ausführungen, die durchaus nichts Funkelnagelneues für sie sind, die Sachlage erkennen und daraus entnehmen, worauf es bei dem Kampf in Schlesien ankommt. Die Zeiten gehören der Vergangenheit an, in der die Arbeitgeber die Lohnhöhe allein bestimmten und allein bestimmten, was auskömmlich ist. Die Arbeitgeber haben bekanntlich den für Granitarbeiter noch mangelhaften Schiedspruch abgelehnt und sind mit allen Mitteln gegen die etwaige Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches durch das Reichsarbeitsministerium angesetzt, haben auch im Reichsarbeitsministerium insofern Erfolg gehabt, daß die von uns beantragte Verbindlichkeitserklärung bis zum 28. April noch nicht erfolgt ist. Damit ist der schlesische Kampf in ein neues Stadium eingetreten, deshalb auch der Aufruf des Verbandsvorstandes an die gesamten Mitglieder, ihre Solidarität in diesem Kampfe zu beweisen. Die Verbandsleitung weiß, daß in der Solidaritätsbekundung gegen die traffe Ausbeutung der Arbeitskraft in Schlesien

kein Verbandsmitglied zurückstehen wird.

Außer in Schlesien stehen im böhmischen Granitgebiet die Kollegen in den dortigen Granitsteleureien im Streik, auch dort rechnen die Arbeitgeber im Hinblick auf die allgemeine finanzielle Anspannung unseres Verbandes mit dem Verfliegen der Hauptkasse,

ja sie sprechen es offen aus wie die Schlesier, sind sogar recht stolz auf ihre Rechenkunst an Hand unserer regelmäßig veröffentlichten Rassenberichte. Nach dieser naiven Schülerrechnung ist das gewiß sehr einfach. Die Bankrotrechnung der Unternehmer hat natürlich ein so großes Loch, daß die Rückständigkeit und Scharfmacherei gewisser Arbeitgeberkreise da hineinplumpsen wird, dafür sorgt unter anderem die Solidarität von den übrigen 60.000 Verbandsmitgliedern, die schon seit Wochen den wirtschaftlichen Ringkampf in Schlesien fast stiller, aber sehr interessierter Zuschauer verfolgt haben. Nunmehr heißt es für alle unsere Verbandsmitglieder:

Heraus aus der Reserve, mitgewirkt, alles auf das schlesische Granitgebiet konzentriert, damit die Glendtsähne verschwinden!

Politische Wahlen mit sozialem Hintergrund

Zwei Momente sind es, die der modernen Welt das Gepräge geben: die wundervolle Prosperitätsperiode, die Amerika im Banne hält, und die kapitalistische Erneuerung Deutschlands seit 1924. Letzteres Moment ist durch die verschiedenartigsten Begleiterscheinungen noch mehr in die Augen springend als ersteres, weshalb wir uns besonders mit diesem beschäftigen wollen. Wie der amerikanische, so ist der deutsche Aufstieg beispiellos in der Geschichte der ökonomischen Entwicklung. Ueber diesen Aufstieg spricht man draußen in der Welt in den rosigsten Farben. Deutschland ist trotz Besiegung im Kriege im raschen Tempo zum Zentralnotenpunkt des europäischen Wirtschaftssystems geworden. Wie aber wurde diese wirtschaftliche Wiederaufstehung zustande gebracht? Joseph Wirth, der Oppositionsmann in den Zentrumsreihen, hat in der Schlußsitzung des dahingegangenen Reichstages wahre Worte gesprochen, als er sagte: „Wir mußten, um die ersten Reparationsleistungen zahlen zu können, die Arbeiterschaft mit einem empfindlichen Lohnabbau belasten. Daß die Gewerkschaften aller Richtungen diesem Lohnabbau zugestimmt haben (weil sie durch den Uebergang zur Stabilisierung geschwächt waren), darin liegt die sittliche Größe der Arbeiterschaft. Die Besitzlosen, die ärmsten Söhne unseres Volkes, haben uns in dieser schmerzlichen Zeit mehr geholfen als die Besitzenden, die Bildung und Besitz nur für sich in Anspruch nahmen.“

Braucht es zur Darlegung der Stabilisierungsperiode noch weiterer Worte? Nein! Die Arbeiterschaft lebte unter den grauamsten Verhältnissen: Der Achtstundentag war verschwunden und obendrein stand der Lohn tief unter dem Niveau der Vorkriegszeit. Und was sehen wir heute? Zur Arbeitszeit ist folgendes zu sagen: Zunächst muß festgestellt werden, daß von den Industriearbeitern wenigstens die Hälfte einen Arbeitstag hat, der über acht Stunden liegt. Und der Lohn? Der Vorkriegslohn ist noch lange nicht erreicht. Aber selbst, wenn das in einer Anzahl von Industrien der Fall sein sollte, ist das ein Grund, Halt zu machen? Die Welt von 1914 hat sich gründlich verändert. Es sind neue ökonomische Begriffe entstanden. Henri Ford, der in den letzten Wochen in England weilte, erklärte einem Korrespondenten des Manchester Guardian:

„Das Wichtigste, was die Völker noch zu lernen haben, ist das Problem des Lohnes. Solange hier nicht der Hebel angelegt wird, gibt es keine richtigen Absatzmärkte. Ein Volk, das zu nachteiligem Lebensunterhalt nicht genug hat, kann keine Märkte erzeugen. Englands Lohnstandard ist zweifellos viel besser als derjenige aller anderen Länder, aber auch selbst England muß die neue Theorie aufnehmen. Die Menschen haben Angst, den Kreis ihrer Bedürfnisse zu erweitern, solange sie einen geringen Lohn verdienen.“

Wer möchte leugnen, daß sich um diesen Punkt alle volkswirtschaftliche Erkenntnis dreht? Wohl hat der als internationaler Sachverständige gepriesene Professor Cassel die Behauptung aufgestellt, die Gewerkschaft verurliche durch ihre Lohnpolitik wirtschaftliche Krisen, aber dieser Mann der „Wissenschaft“ steckt bis über die Ohren in der alten Manchesterlehre, die heute nachgerade keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlockt. Die Zeiten des Frühkapitalismus mit seiner Lehre vom „freien Spiel der Kräfte“ sind vorbei und selbst einsichtige Wissenschaftler sprechen das offen aus. Es sei nur an Keynes, den berühmten englischen Volkswirtschaftler, erinnert, der in Deutschland durch seinen Kampf gegen die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages bekannt wurde und der die Manchesterlehre als wissenschaftlichen Unfuss bezeichnet hat. Als weiteres Beispiel möge das Vorgehen der englischen liberalen Partei gelten, die jüngst einen aufsehenerregenden Bericht in Form eines Gelbbuches veröffentlichte, das neue Wahlprogramm des englischen Liberalismus enthaltend. Dieses Programm verlangt unter anderem, daß der Staat als überragende Wirtschaftsmacht bestimmenden Einfluß auf das Wirtschaftsgeschehen erhalten soll. Alle Unternehmungen, die mehr als 50 v. H. der Produktion auf sich vereinigen, sollen der öffentlichen Kontrolle unterstellt werden. Auf Deutschland angewandt, müßten Farbenindustrie, Vereinigte Stahlwerke, um nur einige zu nennen, unter Staatskontrolle kommen. Kooperation unter staatlicher Kontrolle ist es, was das Zeitalter der Nationalisierung fordert. Deutschland zeigt sich hier in einer gar eigenartigen Stellung, wie die Haltung der Schwerindustrie beweist, die gegen eine unter Staatsaufsicht stehende Kartellierung oder Trustifizierung Sturm lief, weil es angeblich ein „Rückfall in die Zwangswirtschaft“ bedeute. Der zusammengebrochene Bürgerblut letzte Stein und Bein in Bewegung zur Ausschaltung jedweder Staatskontrolle. Und doch, welchen Weg geht die neueste Entwicklung der Kartellierung und Trustifizierung? Werfen wir zur Kennzeichnung der jüngsten Phase kapitalistischer Expansion einen Blick auf die chemische Industrie. Vor dem Kriege war Deutschland das weitaus wichtigste Land für chemische Produkte: 80 bis 90 v. H. der Weltproduktion lieferte es. Der Weltkrieg schaltete Deutschland vorübergehend vom Weltmarkt aus, während welcher Zeit sich die Industrie in den anderen Ländern ausdehnte. Heute finden wir, wie Amerika, England, Japan, Frankreich und Italien sich mit ihren eigenen Produkten eindecken. 1924 blieb die deutsche Produktion ganz bedeutend hinter der von Frankreich, England und Amerika zurück, aber im Jahre 1926 schon hatte es ein gutes Stück seiner früheren Position zurückerobert: seine Produktion repräsentierte einen Wert von einer Milliarde, die amerikanische 680 Millionen, die englische 500 Millionen, die französische 460 Millionen Mark. Der deutsche Vorsprung im Jahre 1927 ist gewaltig. Diese Entwicklung strebt

nicht nur allein zur nationalen, sondern internationalen Kartellierung und Truistifizierung. Geradezu Selbstmord wäre es, wollte die Arbeiterklasse dieser Entwicklung gegenüber politische Abstinenz treiben. Der Selbsterhaltungstrieb der Arbeiterschaft verlangt nach politischer Macht, die nur auf parlamentarischem Boden sich auswirken kann. So zeigt sich, wie Wirtschaft und Politik ineinandergreifen und wie wahr es ist, daß die kommende Wahl eine politische Wahl mit sozialem und wirtschaftlichem Hintergrund ist. Es kommt darauf an, dahin zu streben, aus dem modernen Staat durch eine Erweiterung seiner Funktionen einen sozialen Kulturstaat zu machen.

Die kommende Wahl ist also ganz besonders eine wirtschaftliche Angelegenheit, die jeden einzelnen Gewerkschaftskollegen angeht.

Mit großer Spannung erwartet die ganze Welt den Ausfall der deutschen Reichstagswahl, und da sollten die Gewerkschaften untätig beiseite stehen?

Wie verhält es sich eigentlich mit dem gesetzlichen Achtstundentag? Es steht doch fest, daß die Ursache des Zustandekommens des letzten Bürgerblocks in der Stellung zum Achtstundentag lag. So ist die Lage klar vorgezeichnet: Ob die deutsche Arbeiterklasse endlich die Früchte eines mehr als vier Jahrzehnte währenden Kampfes einheimen wird, hängt davon ab, wie am 20. Mai gewählt wird. Hilferding hatte schon recht, als er auf dem Sozialdemokratischen Parteitag in Kiel sagte:

„Wir müssen es in jedes Arbeiterhirn einhämmern, daß der Wochenlohn ein politischer Lohn ist, daß es von der Stärke ihrer Organisation und den sozialen Machtverhältnissen außerhalb des Parlaments abhängt, wie der Lohn am Ende der Woche sich gestaltet. Namentlich den Arbeiterfrauen muß es gesagt werden: wenn ihr zur Wahl geht, entscheidet ihr gleichzeitig über Brot und Fleisch und die Höhe des Lohnes und auch über die Länge der Arbeitszeit.“

Moderne politische Schlagworte — ihr Sinn und ihre Berechtigung

Zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung ist das Schlagwort geschaffen. Es spielt im öffentlichen Leben in der Propaganda eine große Rolle und erfüllt oft besser seinen Zweck als großzügig angelegte Reden und umfangreiche Abhandlungen. Es drückt in einem oder einigen Worten einen Tatbestand oder eine Meinung aus und ist wegen seiner Kürze beliebt. Das alles aber ändert nichts an der Tatsache, daß sein Inhalt oberflächlich und irreführend sein kann. Immerhin, es hat in der Agitation seine Vorzüge, und nicht zuletzt wird es deshalb im wirtschaftlichen Interessentumpe besonders von dem gut ausgebauten Propagandaapparat des Unternehmertums ausgebeutet. Schon seit einigen Monaten sind die Worte: Mengentkonjunktur, Inlandskonjunktur, Selbstkostenkrise und Selbstfinanzierung in der wirtschaftspolitischen Tagesdiskussion zu Hause. Was besagen diese Begriffe und welche Berechtigung wohnt ihnen inne?

Seit etwa zwei Jahren durchlebt die deutsche Wirtschaft eine Epoche der Hochkonjunktur. In gewaltigen Produktionssteigerungen und verstärkter Umsatzaktivität hat diese ihren sichtbarsten Ausdruck gefunden. Wenn der Unbefangene liest, daß im vergangenen Jahre die Steinkohlenförderung des letzten Vorkriegsjahres um 9 Prozent, die Braunkohlegewinnung um 73 Prozent, die Produktion von Eisen um 20 Prozent, von Rohstahl um 38 Prozent, von Walzwerkprodukten um 17 Prozent überstiegen wurde, und daß die Zahl der zum Gütertransport benötigten Wagen gegenüber dem besten Hochkonjunkturjahre der Vorkriegszeit 1913 um 12 Prozent gestiegen ist, so sind diese Angaben geeignet, ihn nach gesundem Menschenverstand folgen zu lassen, daß dadurch auch große Gewinne an die Unternehmer abgefallen sein müssen. Er schlussfolgert durchaus richtig und vernünftig, daß mit steigender Produktion und steigendem Umsatz auch der Verdienst gestiegen ist. Das war, wie wir unten sehen werden, ja auch tatsächlich der Fall, aber das Unternehmertum kann das auf keinen Fall zugeben, da sonst die „Begehrlichkeit der Arbeitnehmer“ nur wachsen könnte, was zu verhindern spezielle Aufgaben des im Unternehmertum bestehenden Syndikus und Journalisten ist. Diese haben dann auch bald den richtigen Ausdruck für diese Sachlage gefunden, indem sie die Behauptung aufstellten, gewiß, die Produktion und der Umsatz sind gewaltig gestiegen, aber erhöhte Gewinne waren damit nicht verbunden, denn es handelte sich um eine Mengentkonjunktur.

Die Bergstraße

(Th. R.) Man baut diese Bergstraße zum Luxus. In einer der schönsten und berühmtesten Szenerien der italienischen Alpen, am Ufer eines dunkelblauen Bergsees, Meter für Meter dem Fels abzwingend. Sie führt augenblicklich bis in einen kleinen romantischen Ort, der schon von den Fremden entdeckt ist. Anderthalb Wegstunden weiter liegt die Siedlung der Arbeiter. Einige armselige Hütten waren es ursprünglich, am Fuße eines Gebirgspasses. Und das letzte Wirtshaus war hier für den, der bergwärts wanderte. Jetzt stehen starke Steinbaracken da, mit kleinen quadratischen Fenstern. Darin hausen sie.

Man baut diese Straße zum Luxus. Für die großen Tourenwagen der Fremden, die von Norden kommen, aus Ländern mit einer stärkeren Baluta. Die wirtschaftliche Bedeutung der Straße ist gering. Für Handel und Verkehr genügt die Dampferverbindung.

An dieser Straße arbeiten 350 Arbeiter. Außerdem sind eine Anzahl Monteure da. Und einige junge Männer mit Sportmützen und schicken Knickerbockers (wenn auch nur aus Manchester): die Aufseher.

Die technische Leitung haben zwei Ingenieure, die in hübschen rotlackierten Automobilen die Gegend und die Herzen der Mädchen unsicher machen.

Die Arbeiterschaft besteht aus ehemaligen Sträflingen, die noch unter polizeilicher Aufsicht stehen, und Arbeitslosen aus allen Gegenden Italiens. Da sind bronzefarbene Sizilianer, harte Beroneser, rundliche Neapolitaner. Alle Dialekte der Apenninenhalbinsel sind vertreten.

Auch Leute aus der Umgegend arbeiten mit. Familienväter, die die Landarbeit allein nicht nährt. 18 Lire Tagelohn (4,50 Mark) sind besser als nichts.

Tagsüber wird gehackt, geschauvelt, gepflastert. Gegen Abend dröhnen die Sprengschüsse über den See und geben von den Felswänden des anderen Ufers vielfaches Echo. Und die Frauen und Kinder in all den kleinen Orten am See laufen bang. Nachts dann wird Steingeröll aus den Tunnels geschafft und mit Loris in den See gekippt. Kalk mit felsigen Versteinerungen von Fischen und Kieselsteinen, gelbbraunes Urgestein und körniger roter Marmor, der nicht edel genug ist, um verarbeitet zu werden. Nachtsicht wird nicht anders als Tagsicht bezahlt.

Manchmal zieht ein Leichenzug durch die engen Gassen des kleinen Ortes, den schon die Fremden entdecken, hinauf zur Kirche die hundert Stufen, abends wenn sanft der Mond über dem Berge steht. Geipenstisch laden die Kerzen im Winde und zeichnen hüpfende Schatten auf die Gewänder der Priester und auf die breiten roten Schultertragen der Kompanie der Allerheiligsten. Die Weiber plärren ihre Litanei.

Und 349 Straßenarbeiter folgen langsam, als schleppten sie Felsblöcke auf ihren Schultern, dem schwarz und silbern verhängenen

Das also ist Sinn und Zweck dieses Schlagwortes. Welcher Grad von Wahrheit und damit innerer Berechtigung es im sich birgt, mag folgende Betrachtung erhellen. Nach einer Zusammenstellung über die Bilanzen der deutschen Aktiengesellschaften nach den Abschlüssen zwischen dem 1. Juli 1926 und dem 30. Juni 1927 haben sich die Rentabilitätsverhältnisse erheblich gebessert. Bei über 3000 erfaßten Aktiengesellschaften ist im Geschäftsjahre 1926/27 das bilanzmäßige Eigenkapital um über 385,5 Millionen Mark der ausgewiesene Jahresreingewinn um mehr als 178,8 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahre gestiegen. Die Zahl jener Gesellschaften, die keine Dividende ausgeschüttet haben, ist erheblich zurückgegangen, während 8,9 Prozent aller erfaßten Gesellschaften eine Dividende von über 10 Prozent auszuschütten in der Lage waren. Die Dividende ist gewiß ein recht unzuverlässiger Gradmesser für die Beurteilung der Rentabilität, denn sie ist nur ein einer von den vielen Kanälen, durch die den Besitzern von Aktienpaketen die Betriebsgewinne übermitteln werden. Immerhin zeigt auch die erhöhte Dividende, daß die Mengentkonjunktur der letzten Jahre in steigenden Gewinnen ihren Niederschlag gefunden hat.

Ein weiteres, ebenfalls augenblicklich stark im Gebrauch befindliches Schlagwort ist: „Inlandskonjunktur“. Auch dieses Wort enthält einen starken pessimistischen Unterton. Es besagt, daß der größte Teil der von der heimischen Wirtschaft erzeugten Güter im Inlande verbraucht wird. Das soll nach Unternehmerrassierung ein Uebelstand sein. Eigentlich war es nie anders. Denn schon in Vorkriegszeiten betrug die Ausfuhr nur etwa den zehnten Teil aller im Inlande erzeugten Werte. Wir haben ausgeführt:

Monatsdurchschnitt 1913	für 841,4 Millionen Mark
Monatsdurchschnitt 1927	für 851,6 Millionen Mark
Monat Januar 1928	für 862,1 Millionen Mark
Monat Februar 1928	für 942,3 Millionen Mark

Gewiß ist mengenmäßig die Ausfuhr zurückgegangen, wenn wir die Geldwertung berücksichtigen, wobei allerdings nur eine Umrechnung über den Großhandelsindex in Frage käme, denn im Ausfuhr-

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit Beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen.

Eure im Lebensverhältnis sich befindlichen Söhne und Töchter gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes.

geschafft werden Großhandelspreise bezahlt. Freilich sind auch die Arbeitnehmer an steigender Güterausfuhr interessiert, aber sie erblicken im Inlande den Hauptabnehmer. Es gibt ja auch große Staaten mit hochentwickelter Wirtschaft, bei denen der Auslandsmarkt herzlich wenig Beachtung findet. Hier sei nur an die Vereinigten Staaten von Nordamerika erinnert. Gewiß hat Amerika für seinen Absatz, wie es in den Amerikaberichten immer heißt, ein großes „Sinterland“. Aber das haben wir auch. Unser Sinterland für den Absatz sind die 63 Millionen Menschen, deren Güterverbrauch noch lange nicht den Sättigungsgrad erreicht hat. Es kommt nur darauf an, diesen Markt kaufkräftig zu gestalten und zu erhalten. Allerdings geht das nur über die Einkommensbildung, also über die Lohngestaltung. Wird dieser Markt kaufkräftig gehalten, dann bietet er für die Steigerung des Warenabfahes und damit der Wirtschaftskonjunktur dieselben Garantien, wie der Auslandsmarkt. Dann wäre die Unternehmerrage, wir haben nur eine Inlandskonjunktur, hinfällig. Unser Unternehmertum findet es bequemer, zu klagen, als auf dem vorgezeigten Wege Abhilfe zu schaffen. Hier Abhilfe schaffen können deshalb nur starke Gewerkschaften.

Die „Mengentkonjunktur“ hat ein neues Schlagwort geboren, die „Selbstkostenkrise“, denn diese ist nach der Beweisführung der Unternehmer als Folge der Mengentkonjunktur eingetreten. Weil eben die Gewinne an Einzelprodukt zu gering waren, oder gar mit Verlust gearbeitet wurde, stellten sich die Selbstkosten über die erziel-

ten Preise und die „Selbstkostenkrise“ war da. Diese besteht nun schon — immer nach Unternehmermeinung — eine geraume Zeit. Ihre unausbleibliche Folge müßte eigentlich der völlige Wirtschaftszusammenbruch sein, aber davor hat uns das Schicksal ja erfreulicherweise bewahrt. Also scheint auch dieses Schlagwort nicht zu stimmen. Und das scheint nicht nur so, es stimmt wirklich nicht. Die Argumentation des Unternehmertums erinnert an jenen Schankwirt, der einem Gast im Brusttone der Ueberzeugung erklärte, an jedem verkauften Glas Bier setzte er zwei Pfennig zu, und auf die Frage des erkaunten Gastes, wie er denn dann überhaupt bestehen könne, prompt antwortete: „Ja, die Menge muß es bringen.“ Die Menge (Mengentkonjunktur) hat es auch wirklich gebracht, aber nicht weil die Erlöse niedriger waren als die Selbstkosten, sondern im Gegenteil zwischen diesen und dem Verkaufspreise eine viel zu große Differenz liegt.

Außerdem hat die deutsche Industrie in den letzten beiden Jahren gewaltige Rückstellungen, Neuanschaffungen und Modernisierungen vorgenommen. Nicht, indem sie die dazu notwendigen Kapitalien auf dem Kapitalienmarkt erhalten hätte, sondern gleich aus erster Hand zurückbehielt. Das ist die Methode der „Selbstfinanzierung“, wovon die Kölnische Zeitung, ein führendes deutsches Unternehmerblatt, sagt, daß es ein häßliches Schlagwort sei. Häßlich sicher deshalb, weil es im Gegensatz zu den anderen Schlagworten ein großes Stück Wahrheit in sich birgt. Auf Kosten der Löhne vollzog sich diese Kapitalbildung.

Sie ist aber nur bis zu einem Grade wirtschaftsfördernd. Wird dieser überschritten, dann tritt Ueberkapitalisierung ein, deren Folge unnötige Belastung ist, die wiederum in hohen Preisen fühlbar wird. Und das ist heute bereits in hohem Maße der Fall.

Das Unternehmertum verfügt über einen glänzend ausgebauten Presseapparat, mit dessen Hilfe es die öffentliche Meinung auch durch die oben zitierten Schlagworte für sich zu gewinnen versucht. Diese richtigzustellen und ihren wahren Sinn zu enthüllen ist Aufgabe der Arbeiterpresse, die wirtschaftlichen Uebelstände, die das Schlagwort bezeichnet, aber zu beseitigen, ist Aufgabe der Gewerkschaften.

Die Wegweiser und Bahnbrecher

Der Deutsche Industrie- und Handelsstag hielt kürzlich seine 48. Vollversammlung ab. Auch diesmal waren die führenden Persönlichkeiten aus der Industrie, der Bankwelt, Handel und Gewerbe aus allen deutschen Gauen vertreten. Zahlreiche Vertretungen der Reichs- und Staatsbehörden ergänzten das Bild und stempelten diese Tagung zu einem hervorragenden Ereignis der privaten Wirtschaft. Der Deutsche Industrie- und Handelsstag ist die Spitzenorganisation der Industrie- und Handelskammern in Deutschland. Es gibt in Deutschland 123 Handelskammern, die alle in Industrie, Handel, Banken, Versicherungswesen und Verkehrsweisen tätigen Wirtschaftsbetriebe zwangsmäßig umfassen und in sich schließen. Ein lückenloser Zusammenschluß aller Unternehmer mit staatlichem Zwang. Die Kammern dienen der Förderung und Vertretung der wirtschaftlichen Gesamtinteressen aller Zweige mit Ausnahme der Landwirtschaft und dem Handwerk. Sie beruhen auf öffentlich rechtlicher Grundlage und haben die gesetzliche Pflicht, die allgemeine Staatsverwaltung durch Berichte, Gutachten und dergleichen zu unterstützen. Die leitenden Beamten und Kammern sind mittelbare Staatsbeamte, die nicht nur ihren unmittelbaren Auftragsgebern, sondern auch dem Staate gegenüber verantwortlich sind. Man nennt die Kammern die Diagonalen der Kräfte, dazu berufen, den Ausgleich zu fördern und der Wirtschaft neue Wege zu weisen. Das geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Industrie- und Handelsstages zeichnete die Aufgaben dieser Spitzenorganisation in einem Zeitungsartikel folgendermaßen auf: „Wichtiger als je heute die Aufgabe der Wirtschaft, Wegweiser und Bahnbrecher der politischen Entwicklung zu sein. Der Deutsche Industrie- und Handelsstag folgt nur einer alten Tradition, wenn er der Erkenntnis, daß es auch jetzt im Bau des Reiches vieles neu zu zimmern gilt, klar ins Auge sieht, wenn er darüber hinaus die Pflege internationaler Wirtschaftsbeziehungen zu einer seiner vornehmlichsten Aufgaben macht.“

Versuchen wir nun, das Ergebnis der Tagung zusammenzufassen, so muß von vornherein gesagt werden, daß wenig zu erkennen war, was als Wegweiser der politischen Entwicklung angesehen werden konnte. Der Präsident der Tagung, Franz v. Mendelssohn, betonte die Notwendigkeit eines friedlichen Zusammenlebens der

Sarg und murmeln dumpf die Kyrie eleison. Sie starren in ihre Kerzen und merken nicht, daß das Wachs über ihre schweißigen Kämme rinnt.

Wen wird es als nächsten treffen?

Kyrie eleison...

Am nächsten Morgen tritt ein Neuer an.

In dem kleinen Wirtshaus, dem letzten für den, der bergwärts wanderte, ist Betrieb. Karten werden auf den Tisch gestreut. Plötzlich Krakeel. Ein Stuhl wird umgestoßen. Ein Messer blitzt auf. Ein Kerl fällt um wie ein Baum mit dem Lobesgebrüll eines Stieres.

Stille. — Dann bricht der Sturm los. Schon klirren die Fahrradklingeln der Karabinierer.

Der Messerheld wird abgeführt. Der andere kommt ins Spital, zu den frommen Schwestern.

„Ist er tot?“ fragt der Gefesselte den Jungen in der feinen Karabinieruniform.

„Nein, er lebt noch.“

„Schade...“

„Warum?“

„Nun wird er mich umbringen, wenn ich aus dem Rittchen komme...“

Einmal kam ich spät abends aus den Bergen an das Wirtshaus, todmüde, zerpflegt. Ich trat ein und fand geblendet. Ueberall Licht, improvisierte Leitungen, vielkertzige Glühbirnen. Man will doch nicht im Dunkeln sitzen, zum Donner! Und lange Tafeln mit strahlendweißen Tischdecken. In sauberen, blühblauen Tellern dampft die rotgoldene Gemüsesuppe, in blassen Gläsern leuchtet der Wein.

Wüßte, unheimliche Gesellen sitzen neben braunen Burschen mit offenen, ehrlichen Gesichtern. Ich weiß nicht was mehr funkt: der Wein in ihren Gläsern oder ihre schwarzen Augen. Im Kamin prasseln die Holzstücke, und Essensgeruch erfüllt den niedrigen Raum.

Ich nehme ihren Wein Ich bin im Augenblick von ihnen umgeben, befragt, bestürmt. Man ist höflich, wichtig, oh, man ist herumgekommen. Englische französische deutsche Brocken schwirren auf mich ein.

„Auf ich war Daidischland. In Stuggard. Vor Krieg. Verdienen jerr vill Geld. Daidische vill gut...“

„Il est encore cinq kilomètres à M...“

Ja, es waren noch fünf Kilometer bis in mein Dorf. Und ich fühlte mich nach den Anstrengungen der Wanderung unfähig, sie zu gehen. Hier in den Baracken zu übernachten, war unmöglich. Schon springen drei kräftige Burschen auf und bieten mir ein Boot gegen mäßiges Entgelt. Die Fahrt geht durch die Nacht. Die Riemen ächzen. Gleichwohl wird gesungen und geschwätzt. In einer Stunde ist der Ort erreicht. Wir trennen uns.

Ich bin schon auf dem Heimweg, da tuft es durchs Dunkel hinter mir her. Einer der Burschen kommt und bringt mir — den Photographenapparat, den ich im Boot vergessen hatte.

„Niemand verläßt die Baracke!“

Zwei Karabinierer stehen an der Tür, zwei offizieren.

Was ist geschehen?

Ein junger Kerl steht zitternd neben den Postkisten. Ihm laueu die Tränen über das magere Gesicht. Seine gesamten Ersparnisse sind ihm gestohlen. Ein halbes Jahr hatte er gedurft, nicht an den weißgebackten Tischen geessen, Tag und Nacht Schicht gemacht. Noch einige Monate wollte er arbeiten wie ein Vieh, um dann in der Heimat einen kleinen Handel anzufangen zu können. Und nun war alles hin. Die eiserne Kassette des Aufsehers, dem er sein Geld anvertraute, war erbrochen. Seine Augen bitteln. Jeden einzelnen scheinen sie zu fragen: hast du's? Es ist ein jämmerlicher Anblick.

Einer gesteht.

„Ich dachte doch nicht, daß es sein Ersparnis wäre. Ich hielt es für die Lohnkasse...“

Im Kanal unter der Straße, mit Schotter bedeckt, hatte er's verborgen. Vollständig, auf Heller und Pfennig.

In der Umgegend wird eingebrochen. Ist es ein einzelner oder eine Bande? Niemand weiß etwas. Natürlich heißt es: die Straßenarbeiter.

Jemand kauft einen Revolver, meldet ihn bei der Polizei an.

„Wozu?“

„Ich fürchte einen Einbruch.“

„Wieso?“

... Die Straßenarbeiter... Sechshundertfünfzig stehen unter polizeilicher Kontrolle...“

„Die Straßenarbeiter? Der Junge in der Karabinieruniform schüttelt den Kopf. „Das sind alles gute Kerle...“

Die Woche darauf wurde der Einbrecher gestellt. Es war ein Kunstfischer.

Bajalwerk

Rischel-raschel: scharfe Zähne: steinern fliegen hier die Spän. Klippe-klopfe: Trommelflag: Tatara-papi-papang!

Güterzüge, nun herbei: daß der Stein verladen sei. Schotterstein und Splitterstein, Quaderstein und Pflasterstein.

Was wir hier dem Berg entreißen soll der Heimat — Aufbau heißen: Klippe-klopfe: Kamerad: Wir sind Deutschland — durch die Tat!

Nationen: „St. doch die Verflechtung von Staat und Wirtschaft, von Volkswirtschaft und Weltwirtschaft viel zu eng geworden, als daß eine blühende Volkswirtschaft sich anders als im Rahmen einer entwickelten Weltwirtschaft gedeihlich entfalten könne.“ Herr v. Wendelssohn ist bekanntlich Vizepräsident der Internationalen Handelskammer, also dazu berufen, eine internationale Orientierung zu beschaffen. Die Mahnung des Vorsitzenden, die kommenden Wahlkämpfe loyal zu führen, klingen ziemlich weltfremd, wenn man die Zustände in Deutschland zur Zeit betrachtet.

Des weiteren kam Herr Dr. Hermes zum Wort, der über Stellung und Aufgaben der deutschen Landwirtschaft sprach. Herr Hermes gilt allgemein als der Anwalt der Landwirtschaft, eine Ausnahme, die durch diese Rede durchaus bestätigt wurde. Jedoch hütete er sich, einer einseitigen Zollpolitik das Wort zu reden, was in dieser Versammlung durchaus verständlich war. Die dort versammelten Herren vertreten zum großen Teil den internationalen Ausgleich, der durch eine besondere Bevorzugung der Landwirtschaft auf zollpolitischem Gebiete nur gefördert würde. Herr Karl Friedrich v. Siemens, der bekanntlich Vorsitzender des Aufsichtsrats der Reichsbahn-Gesellschaft ist, benutzte die Gelegenheit, die bevorstehende Tarifserhöhung der Reichsbahn den versammelten Wirtschaftsführern schmackhaft zu machen. Die Reichsbahn habe eine böse Erbschaft übernommen, sei sie mit Reparationen hoch belastet und müsse einen weit größeren Teil ihrer Erträge für Löhne und Gehälter auswerfen als früher. Aus all diesen Gründen sei eine Tarifserhöhung von 5 Prozent als sehr mäßig zu bezeichnen, jedoch für den Fortbestand der Reichsbahn unbedingt erforderlich. Die Industrie und der Handel haben sich ziemlich einmütig gegen die Tarifserhöhung gewandt, und da eine Aussprache nicht erfolgte, war aus der Tagung nicht zu erkennen, inwiefern der Vorstoß des Herrn v. Siemens auf Gegenliebe gestoßen ist.

Für die Arbeiterschaft war der Vortrag des Herrn Tagart über die Lage der deutschen Wirtschaft von Interesse. Der Redner befaßte sich zum überwiegenden Teile mit den sozialpolitischen Verhältnissen und hätte man mit Recht erwarten können, daß auf der Tagung der höchsten Spitzenorganisation des Unternehmertums etwas ganz Besonderes herausgekommen wäre. Doch was hörte man statt dessen? Herr Tagart klagte über die Schwierigkeiten, die sich der Erfüllung der Aufgaben der deutschen Wirtschaft entgegenstellen. Hinsichtlich der Rendite habe das vergangene Jahr ein unbefriedigendes Bild gegeben. Dabei entkoppelte dem Redner folgendes Gedankenspiel: „Die Höhe der Dividende gibt nicht immer ein richtiges Bild, da zahlreiche Unternehmungen in früheren Jahren sich stille Reserven geschaffen haben, die noch nicht durch entsprechende Höhe des Aktienkapitals berücksichtigt sind. In solchem Falle wird die Dividende auf ein Aktienkapital gezahlt, das den inneren Wert des Unternehmens nicht in voller Höhe entspricht.“ Wenn zahlreiche Unternehmungen in früheren Jahren sich stille Reserven schaffen konnten, dann kann doch die Lage der Wirtschaft nicht so schlimm gewesen sein. Dieser Teil der Rede steht mit den übrigen Ausführungen des Herrn Tagart in einem großen Widerspruch, denn der Redner setzte sich nachher mit den sozialpolitischen Kämpfen auseinander, wobei er zu dem entgegengesetzten Resultat kam. Er wandte sich gegen die staatlichen Schlichtungsinstanzen, eine Redewendung, ohne die eine Unternehmerrunde von heute überhaupt nicht denkbar ist. Des weiteren wurde von dem Redner der Standpunkt vertreten, daß es in Deutschland besser sei, auf eine weitgehende Mechanisierung zu verzichten und dafür mehr Arbeiter zu beschäftigen, „wenn nicht die Überforderung der Lohnforderungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Rationalisierung immer erweitern würde“. Das ist bekanntlich der Standpunkt der Schwerindustrie, der in der kurz gefassten Formel gipfelt: mehr Arbeiter und geringere Löhne. Daß eine solche Wirtschaftspolitik durchaus entwicklungsfeindlich ist und weder mit den Interessen der breiten Volksmassen, noch mit der allgemeinen Wirtschaft übereinstimmt, dürfte klar sein.

Eine Entschließung bewegte sich in den gleichen Gedankengängen. Bemerkenswert ist davon nur, daß die Notwendigkeit der Verbesserung und Verbilligung der Produktion anerkannt wurde. Es zeugt von wenig Geist, wenn das Unternehmertum auch auf keinen größeren Tagungen nur alte Lehrsätze heraufholt und sich darauf beschränkt, diese im neuen Aufpusch der erkaunten Öffentlichkeit vorzuführen. Also weder Wegweiser noch Bahnbrecher. Das Volk stellt sich unter Wirtschaftsführern etwas anderes vor als Wiederläufer von Gedanken, die weder neu noch originell sind.

Die öffentliche Hand als Wirtschaftsmacht

Die politischen Kämpfe der Gegenwart haben nicht zuletzt deshalb eine so nachhaltige Wirkung, weil es sich hier nicht allein um parlamentarische oder rein politische Angelegenheiten, sondern um wirtschaftliche Dinge von gewaltigen Einfluß handelt. Zwar brachte der Novembersturz nicht die Verwirklichung der Sozialisierung dazu reifer Wirtschaftszweige, aber eine Entwicklung wurde eingeleitet, die zu immer größerer Macht der öffentlichen Stellen im Wirtschaftsleben führt. Dies hat zu einer heftigen Gegenwehr seitens der privaten Wirtschaft geführt, die in dem Kampfe um die sogenannte „kalte Sozialisierung“ ihren Ausdruck findet. Trotz dieses rednerischen und papiernen Selbzeuges geht die Entwicklung in der erwähnten Richtung weiter. Selbst große Männer wie Rathenau, Sombart, Keynes u. a. glauben nicht mehr an ein Zurückschrauben des Entwicklungsganges auf die selige Zeit des Mandatertums, wo die öffentliche Hand nichts und die private Initiative alles war. In Nummer 191 der „Voll. Zeitung“ macht der Chefredakteur des Handelsteils Dr. Lewinsohn über die Wirtschaftsmacht des Staates folgende treffende Ausführungen:

„Die Tatsache ist nicht wegzudiskutieren, daß die öffentliche Hand heute gewaltige wirtschaftliche Funktionen ausübt, daß sie auf engste mit der gesamten Wirtschaft verflochten ist, und daß es sofort peinlich in der Privatwirtschaft spürbar wird, wenn der Fiskus auch nur einen Finger krümmt. Um sich von der wirtschaftlichen Bedeutung der öffentlichen Hand ziffernmäßig ein Bild zu machen, muß man wissen, daß Jahr für Jahr nach amtlichen Aufstellungen 6,5 Milliarden, nach anderen Berechnungen sogar 7-8 Milliarden Mark, also mehr als die Hälfte unseres öffentlichen Budgets, vom Reich, den Ländern und Kommunen, der Eisenbahn und der Post an Materialbeschaffungen aller Art ausgegeben werden. Wenn man sich diese Summen vor Augen hält, wird man wohl zu dem Ergebnis kommen, daß die öffentliche Hand im Vergleich zu der wirtschaftlichen Kraft, die sie entfalten könnte, sich eigentlich noch recht träge und zaghaft benimmt. Die Ursache dafür ist, daß diese Hand nicht von einem Kopf aus geleitet wird, daß Hunderte und Tausende von Verwaltungsstellen sie ohne einheitlichen Plan hierhin und dorthin zerren, ja, daß sie im Grunde gar kein lebendiges Organ ist, sondern nur ein Sammellurium von Fonds und Statistiken, die ohne Rücksicht aufeinander verbraucht werden. Wenn die öffentliche Hand, die in ihrem jetzigen Zustande nur einen Rechenbegriff und eine Fiktion ihrer Gegner darstellt, wirklich einmal von einem Kopf aus regiert würde, dann wäre der Staat, oder wie sonst der Kopf firmieren mag, plötzlich eine wirtschaftliche Großmacht, in der Produktions- und Preispolitik mächtiger als die bedeutendsten Privatkonzerne, ohne daß er seine Funktionen auszuweiten und sich neue Eingriffs- und Aufsichtsrechte anzumachen brauchte.“

Der Reichswirtschaftsrat hat jetzt nach eingehenden Untersuchungen eine wertvolle Vorarbeit nach der Richtung hin geleistet, die Wirtschaftsstellen des Reiches, der Länder und Kommunen, der Eisenbahn, Post usw. planmäßig zu einem gewissen Ganzen zu verbinden. Damit könnte der Verlauf der Wirtschaft nicht unwesentlich beeinflusst werden. Eine planmäßige Konjunkturpolitik tritt damit in den Bereich der Möglichkeit. Saisonschwankungen und Wirtschaftslösungen könnten somit erheblich abgeschwächt werden. Die Leistung des Reichswirtschaftsrats muß lebhaft begrüßt werden. Sie weist aber auch auf die bevorstehenden Wahlen hin, indem die Hand- und Kopparbeiter angehalten werden, nur dem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme zu geben. Dann kann das verwirklicht werden, was der Reichswirtschaftsrat empfiehlt.



Gesperrt.

1. Gau (NO): Steinmeßen meiden Königsberg (Ostpr.).
2. Gau: In Diegnitz Granitwerk Paul Fingas. — Der gesamte Bezirk Nieder-Lausitz im Straßenbau.
3. Gau: In Rochlitz (Sachsen) das Grabmalgeschäft von Gebrüder Heidl für Bildhauer und Steinmeßen. Die Firma weigert sich ständig, den Tariflohn zu zahlen, und droht mit Maßregelungen. — Plauen i. V. Gesperrt sind sämtliche Werkstein-, Grabmal- und Kunststeinwerke wegen fortgesetzter Benachteiligung der ortsansässigen Steinmeßen.
4. Gau: Lutter a. Barrenberge ist von Steinarbeitern zu meiden.
5. Gau: In Detmold hat die Grabsteinfirma Hugo Meier den örtlichen Tarif noch nicht untergeschrieben, fremde Arbeitskräfte bleiben deshalb von der Firma fern. — In Wethofen bestehen Lohnfreistellungen in der Steinbearbeitung.
6. Gau: Odenwaldbezirk (Werkstein- und Pfistersteingruppe). Der Verband der Granit-Industriellen hat das bestehende Lohnabkommen zum 12. April gekündigt mit der Begründung, daß verschiedene Positionen geändert werden müssen. Zugang ist fern zu halten. — In Mannheim und Ludwigschafen haben Steinmeßen alle Betriebe zu meiden wegen Tarifstreits und unberechtigter Entlassung ortsansässiger Kollegen.
8. Gau: In Augsburg sind die Tarifverhandlungen der Steinmeßen und Schleifer noch nicht beendet.
9. Gau: Von Darmstadt bleiben Steinarbeiter fern, weil Ortsansässige nicht eingestellt werden.

Streik:

2. Gau: Der Lohnkampf der schlesischen Granitarbeiter dauert an.
3. Gau: In Böbau-Opfach-Görlitz (Sächs. Lausitz), Granit-Schleifereien.
4. Gau: In Halle, Marmorarbeiter.
5. Gau: In Köln, Marmorbetriebe. — Steinseher stehen in Lohnbewegung.
7. Gau: In Ruhmannsdorf, Bayr. Wald, Granitarbeiter bei der Firma Eckert.
8. Gau: Im roten Mainlandstein-Gebiet, Steinarbeiterstreik.
9. Gau: In Frankfurt a. M., Lohnkampf im Steinsehergewerbe.

Erledigt: In Hildesheim der Streik der Steinmeßen.

Notizen in vorstehenden Rubriken werden nur dann weiterveröffentlicht, wenn der Redaktion mindestens zweiwöchentlich Mitteilung zugeht über den Verlauf. Notizen „bis auf Widerruf“ gibt's nicht für die Redaktion.

Von den Gefahren der Steinbrucharbeit. Am 20. März verunglückte der Kollege Eduard Bez aus Jahnhausen in dem Betriebe der Firma Gebr. Menck in Oberroßbach durch herabstürzende Gesteinsmassen sehr schwer. Bez war an der Wand mit Losmachen der Steine beschäftigt, als sich plötzlich über ihm größere Massen lösten und nun über den am Seil Hängenden hinweggingen und ihm schwere Verletzungen am Kopf und am Hals beibrachten. Mit vieler Mühe gelang es seinen Kollegen, den ohnmächtig am Seil Hängenden aus seiner Lage zu befreien. Verhängnisvoll wäre beinahe der Unfall noch für den Kollegen Bez geworden, denn das Seil hatte sich ihm beim Sturz um den Hals geschlossen, so daß ihm beinahe der Hals zugeschnitten wurde. Dieser Fall sollte allen Kollegen eine Mahnung sein, auch dann, wenn sie angeleitet sind, keine Vorsicht außer acht zu lassen, und vor allen Dingen auf sichere Anweisung zu achten.

Am 23. April vormittags passierte im Schotterwerk Bernhardt Heß in Wuritz ein bedauernswerter Unfall. Der ledige Steinbrucharbeiter Konrad Kastner geriet beim Rangieren mit der Betriebsbahn zwischen die Puffer zweier Wagen und wurde so schwer verletzt, daß er noch am gleichen Tage abends verschied. Wen die Schuld an dem Unglück trifft, konnte leider nicht festgestellt werden, da Augenzeugen nicht vorhanden sind. Der Verunglückte ist 24 Jahre alt und hatte erst vor einigen Tagen seinen Eintritt zu unserem Verband vollzogen.

Steinarbeiter

Leipzig. (Zentrale.) Unser Kollege, der Steinmeß Karl Neumann in Hamburg blühte am 5. April 1928 auf eine 40jährige ununterbrochene Organisationszugehörigkeit zurück. Das ist eine Zeitdauer, die nur sehr wenige Sandsteinmeßen infolge der Berufseinwirkungen erreichen. Nach beendeter Lehrzeit trat der Kollege in den Jahvesverein der Steinmeßen ein. Mit 19 Jahren setzen wir ihn in Bremen als Vorsitzenden der dortigen Zahlstelle wirken; Maßregelungen der Zahlstellenleiter durch die Unternehmer standen zu jener Zeit in voller Blüte. Später war Neumann in der Agitationskommission für Norddeutschland. Seit 1910 betreut er als Vorsitzender die Hamburger Zahlstelle der Steinarbeiter. Seit dieser Zeit war Karl Neumann ständiger Vertreter auf allen Verbandstagen der Steinarbeiter, auf denen er als lebhafter Debatteredner in den Vordergrund trat. Der Genannte ist also kein Nur-Beitragszahler in der Organisation, sondern ein Kollege, der als ruhiges Verbandsmitglied ständig in vorderster Reihe für seine Kollegen und für die Ausbreitung des Verbandes gewirkt hat. Wir gratulieren ihm zu seinem Jubiläum und hoffen, daß er auch weiter seine reichen Erfahrungen und seine Tätigkeit dem Verbands zur Verfügung stellt.

Offenburg. Am 15. April tagte im Gasthof zur Brauerei Munding eine Zahlstellenkonferenz für Mittel- und Südbaden. Von zwölf geladenen Zahlstellen waren neun mit dreizehn Delegierten vertreten. Es fehlten Peterszell, Tiefenstein und Tegernau. Zu der umfangreichen Tagesordnung wurde auf Antrag des Kollegen E. D., Raumünzach, als 4. Punkt angefügt: „Die neuen Unterstützungsseinrichtungen“. Kollege Sarfert führt den Vorsitz, Kollege Heimerl, Raumünzach, wurde als Schriftführer bestimmt. Zur Tariffrage führte Sarfert aus, daß der Bezirksarbeitsvertrag für die Pfistersteingruppe von uns gekündigt wurde und daß für die Schottergruppe ein Bezirks-Vertrag zum Abschluß gebracht werden muß. Anschließend gab Sarfert den Entwurf eines beide Gruppen umfassenden Bezirksarbeitsvertrages bekannt. Es bestand volle Einmütigkeit über den Neuabschluß, besonders auch darüber, daß der Tarifvertrag für die Granitwerksteingruppe ebenfalls zu kündigen ist. Eine sehr lebhafteste Debatte entspann sich bei Behandlung des 2. Punktes. Ein Antrag, der besagt, daß in Zukunft der Verband nicht mehr mit den Unternehmern zusammengehen sollte zur Erwirkung von Aufträgen, gab die Veranlassung dazu. Die Befürworter dieses Antrages machten geltend, daß es mit den Unternehmern — selbst im vorliegenden Falle keine Gemeinschaft geben kann, da auf Grund der Erfahrungen das hiesige Unternehmertum unsere Mitarbeit stets auf die Weise entlohnt hat oder zu entlohnen suchte, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Nach eingehender Aussprache, an der sich alle Delegierten beteiligten und die mitunter scharfe Formen annahm, wurde mit Einstimmigkeit der Antrag abgelehnt. Hierauf gab den Verfechter dieses Antrages eine Erklärung ab, wonach es von dem Verhalten der Unternehmer abhängig gemacht wird ob dieser Antrag noch einmal gestellt wird oder nicht. Dann besprach Kollege Sarfert eingehend Organisations- und Agitationsfragen. Seine Ausführungen klangen aus in einer Aufforderung, daß jeder Kollege mithelfen möge, den Verband auf die Höhe zu bringen. Die Delegierten bemängelten, daß trotz der nachgewiesenen Arbeitsüberlastung des Gauleiters und der Notwendigkeit

der mündlichen Agitation in den Betrieben der Zentralvorstände nicht schon längst durch Anstellung eines Bezirksleiters dem Gau beigegeben ist. Wenn heute die Zentrale beabsichtigt, dem Kollegen Sarfert eine Schreibhilfe für die Bureauarbeit zu bewilligen, so protestiert die Konferenz gegen diese Halbheit. Es muß mit Rücksicht auf die Struktur des Bezirks ein Bezirksleiter gefordert werden, weil nur dadurch die Gewähr gegeben ist, die Indifferenzen zu erfassen und den gegnerischen Organisationen das Handwerk zu legen. Dann war man einmütig der Auffassung, daß durch die Art und Weise, wie die Erwerbslosenunterstützung eingeführt wurde, nicht befriedigend ist, doch findet sich die Konferenz damit ab, weil diese Regelung nur eine vorübergehende ist.

Niederkirchen. Jahresversammlung am 25. März 1928. Tagesordnung: Stellungnahme zu Lohnverhandlungen. Koll. G. L. A. f. e. r wünschte Aufschluß über die Abrechnung vom 4. Quartal, die sofort vom Koll. A. D. r. e. s. bekanntgegeben wurde. Einwendungen dagegen wurden nicht gemacht, lediglich wurde eine Notfallunterstützung kritisiert, da diese nicht auch von einem andern bedürftigen Kollegen beantragt wurde. Es folgte die Verlesung des Protokolls vom 8. Januar 1928 durch den Schriftführer R. e. i. n. h. a. r. d. t. Dann hielt Kollege Sarfert ein Referat über die derzeitigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, über Gewerkschaftsbewegung und Aufbau. Innerhalb der Organisation wies Koll. Sarfert ganz besonders auf die Leistungen der Organisation und die Gegenleistungen der Mitglieder hin. Nachdem noch Fragen einzelner Kollegen in bezug auf die Betriebsratswahlen und die letzten Tarifverhandlungen erledigt waren, wurde die Versammlung infolge vorgerückter Zeit durch den Vorsitzenden Koll. K. a. u. geschlossen.

Heppenheim. Die am 22. April tagende Versammlung wies gegenüber früheren Versammlungen einen guten Besuch auf. Die Tagesordnung wickelte sich rasch ab. Die Versammelten konnten aus dem Kassenbericht ersehen, daß es der Kasserer verstanden hat, finanziell auf zu wirtschaften. Die Entlassung erfolgte auch prompt. Betreffs Maifeier erklärten sich die Kollegen mit dem Beschluß des Ortsauschusses des U. D. G. B. einverstanden. Die Parole heißt: Arbeitsruhe. Für die streikenden Kollegen in der Lausitz wurde ein Betrag bewilligt. Das Begräbniswesen wurde eingehend behandelt. Seit einiger Zeit versucht die Geistlichkeit der katholischen Heppenheimer Kirchenbehörde, gegen die freien Gewerkschaften Sturm zu laufen und den Katholiken, die nicht der freien Gewerkschaft den Rücken kehren, soll die Absolution nicht gegeben werden. Um nun zu verhindern, daß etwa ein Nichtkatholik oder überhaupt ein Kollege, für den die Kirche sich erlobt hat, ein Begräbnis dritten Ranges erhält, wird ein Beschluß angenommen, wonach einem sogenannten „Irrgläubigen“ genau so die letzte Ehre erwiesen wird, wie einem „Gläubigen“. Die Einführung der Erwerbslosenfürsorge in unserm Verband stieß innerhalb der Kollegenkreise auf entschiedenen Widerstand und machte sich in einer einstimmig angenommenen Resolution Luft; sie besagt, daß die Kollegen keinen neuen Unterstützungszeit gutheißen, der auf Kosten der Krankenunterstützung aufgebaut ist. Die Mahnahme wird als eine Bräufierung der Kollegenstadt angesehen. Machte man doch den Kollegen die Beitragserhöhung schmackhaft durch die Verlängerung der Krankenunterstützungsdauer, und nun wird auf diesem Wege die Wirkung der Erhöhung besonders für die Kollegen auf dem Lande illusorisch gemacht. Die Versammlung protestierte gegen die Maßnahmen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten konnte die Versammlung geschlossen werden.

Steinseher und Pfisterer

Gau 4. Lehrlingswesen. Vor einigen Jahren erklärte ein Steinsehermeister Mitteldeutschlands, daß die Unternehmer unter sich schlüssig geworden seien, innerhalb weniger Jahre rund 10 000 Arbeitskräfte als Steinseher anzulernen, um auf diesem Wege die Steinseher wirtschaftlich und sozial unterzuziehen. In Verfolg dieser Absicht haben es denn auch eine ganze Anzahl „ehrbare Handwerker“ fertigbekommen, ihren Betrieb in der Hauptstadt mit Lehrlingen zu füllen. Die durch das Lehrlingswesen hergestellten Strafen entsprachen natürlich nicht den heutigen Ansprüchen an die Verhältnisseverhältnisse: Die Strafen soll dem Verfehrer dienen. In Wirklichkeit gingen viele von den betreffenden Unternehmern von dem Standpunkt aus, daß der Strafenbau lediglich ihrem Gewinninteresse zu dienen hat. Es war nun auch nicht anders zu erwarten, als daß viele Bauverwaltungen an Stelle teuren und recht schlecht hergestellten Steinpflasters dafür Pfistererzmittel verwendeten. Die Meister, die noch etwas auf ihr Gewerbe hielten, machten da allerdings nicht mit und gingen mit uns einig, solchen Schädlingen das Handwerk zu legen. War es unseren Verbandsfunktionären auch nicht möglich, die durchgreifendsten Bestimmungen tariflich zu regeln, so war es deren energischen Drängen doch möglich, durch gemeinsame Aussprachen Richtlinien zu schaffen, die in den einzelnen Bezirken durchzuführen sind. In einer großen Zahl von Betrieben wurden weit mehr Lehrlinge beschäftigt als Steinseher. Die Lehrmeister machten sich das Anlernen auch sehr bequem. War die Berufsarbeit zu Ende, so schickte man einfach das Lehrlingsheer nach Hause und überließ es sich selbst. Auf Grund der Arbeitslosenversicherung fallen bekanntlich Lehrlinge nicht unter die Versicherung, erhielten mithin zur Winterzeit auch keine Arbeitslosenunterstützung, aber auch von ihren „Lehrherren“ keine Lohnentschädigung. Pfiff der letztere seinen Lehrlingen, mußten sich diese sofort wieder zur Verfügung stellen. Wurden sie Winterzeiten krank, na, zu was sind denn die Eltern dieser Lehrlinge da? Kurz und gut, die Lehrlinge waren vogelfrei. Gesellenausschüsse? Allerdings soll es deren Aufgabe sein, sich um die Lehrlinge zu bemühen. Die Mehrzahl unserer heutigen Innungsmeister können sich aber von dem früheren Zustand nicht trennen, deshalb werden die Gesellenausschüsse fast durchweg nur als Dekoration benutzt, wenn überhaupt solche vorhanden sind. Handwerkskammern sollten diejenigen Stellen sein, denen es obliegt, die Lehrlinge mit zu beschützen. Da aber bekanntlich die Handwerkskammern von den immer noch im alten Zustand lebenden Handwerksmeistern beherrscht werden und Arbeiter dort „niz zu seggen“ haben, so ist auch von diesen Stellen nichts, aber auch rein gar nichts zu erwarten. Schriftstücke aus Arbeiterkreisen werden nicht beantwortet und wenn doch einmal, dann bemüht man sich nicht im entferntesten, den vorgetragenen Beschwerden gerecht zu werden. Um wenigstens in etwas den Lehrlingen im Steinseherberuf zu helfen, unterbreiteten unsere Funktionäre dem Mitteldeutschen Arbeiterverband für das Steinseher- und Strafenbaugewerbe ihre Anträge und forderten Verhandlungen. Als Resultat dieser Verhandlungen sind nachstehende Richtlinien vereinbart, die nunmehr den einzelnen in Frage kommenden Innungen durch den Unternehmerverband zugänglich gemacht werden sollen. Aufgabe der Gesellenausschüsse muß es sein, die Richtlinien als Mindestgrenze durchzudrücken, was den Lehrlingen gebührt. Im übrigen muß allersorts dahin gewirkt werden, daß die Lehrlinge sich organisieren und selbst mit Sorge tragen helfen, die größten Schäden auszumergen.

Richtlinien

für das Lehrlingswesen, festgestellt durch die Vertreter des Mitteldeutschen Arbeiterverbandes und des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands, Gau 4.

1. Die Lehrzeit beträgt 3 1/2 Jahre (wir fordern 3 Jahre). Eine Unterbrechung des Lehrverhältnisses ist unzulässig. Auch im Winter muß das Lehrverhältnis weiter gelten und ist der Lehrherr verpflichtet, die Lehrlinge zu beschäftigen oder zu entlohnen.
2. Zahl der zu beschäftigenden Lehrlinge: Bis zu 2 Gesellen kann 1 Lehrling beschäftigt werden.
3. Alter der Lehrlinge: Lehrlinge sollen nur bis zu einem Alter von 17 Jahren eingestellt werden.
4. Abzüge für die Krankenkassen und Invalidenversicherung sind unzulässig.
5. Die durch den Besuch der Fortbildungsschulen bzw. Fachschulen veräumte Zeit darf nicht in Abzug gebracht werden.

- Entlohnung ist im allgemeinen strittig geblieben. (Wir fordern Wochenlöhne und zwar im 1. Lehrjahr in Höhe von 30 Prozent vom Gesellenlohn, im 2. Lehrjahr 50 Prozent und im 3. Lehrjahr 75 Prozent.) Unternehmer wollen zwar auch Wochenlöhne einführen, bleiben aber mit ihren Vorschlägen weit unter unserer Forderung. Beschlossen ist: bei Ueberlandarbeit hat der Lehrherr unter allen Umständen die Fahrgehalte zu vergüten. Bei Arbeiten mit Uebernachtung das Logis. Unter Logis wird verstanden: Nachtlager und Kost.
- Ferien: Den Lehrlingen sollen zustehen im 1. Lehrjahr 6 Tage, im 2. Lehrjahr 9 Tage und im 3. Lehrjahr 12 Tage. (Strittig ist, ob die Ferien im Winter oder Sommer zu nehmen sind. Unternehmer wollen die Ferien im Winter gewähren.)
- Die Lehrlinge sollen nach Möglichkeit alljährlich auf ihre Kenntnisse und Fortschritte geprüft werden. Die Gesellenprüfung ist vor Beendigung des Lehrverhältnisses abzulegen.
- Fünftehnpausen betr. Im allgemeinen wurden diese zugestanden, jedoch wollen sich die Unternehmer noch weiter damit beschäftigen.
- Als Lehrlinge sollen nur gesunde und brauchbare Personen eingestellt werden.

Beer. Die am 18. April 1928 in Beer nach Arbeitschluss einberufene Versammlung war von 53 Mitgliedern der Zahlstelle besucht. Obwohl die Tagesordnung von großer Wichtigkeit war, sah man auch diesmal wieder nur dieselben Gesichter in der Versammlung wie sonst. Die Lohnunterschiede scheinen die übrigen Kollegen nicht zu interessieren, obwohl das Versammlungslokal von der Baustelle aus leicht zu erreichen war. Kollegen, ich ermahne euch, erscheint in den Versammlungen und laßt das Reden auf den Baustellen sein; denn in den Versammlungen kann jeder seine Rechte vertreten. Beachtet die Interessen des Verbandes; denn nur geschlossen können weitere Aufgaben erfüllt werden, und nicht so, wie es jetzt in unserer Zahlstelle aussieht. Darum erscheint dort, wo es Zweck hat.

Friedberg, Nm. Am 24. April fand hier die erste Monatsversammlung der neugegründeten Zahlstelle statt, zu der auch der Gauleiter Kollege Schenke, Berlin, erschienen war. Nachdem verschiedene Punkte erledigt waren, stand auch die Meißner zur Aussprache. Die Kollegen wurden sich einig, daß der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert werden soll. Anschließend referierte Kollege Schenke über Tariffragen und schilderte, wie die Tarife entstanden sind und sich entwickelt haben. Kollege Schenke zog auch Vergleiche zwischen den verschiedenen Tarifen. Die gute Ausgestaltung kommt nur durch festen Zusammenhalt der Kollegen. Nach 2½stündiger Arbeit wurde die Versammlung durch den stellvertretenden Vorsitzenden geschlossen mit dem Hinweis, daß auch hier die Kollegen zusammenhalten und das beherzigen, was der Referent ausgeführt hat. (Nicht beide Seiten beschreiben! Red.)

Beuthen, D.-S. Am 19. April fand im Volkshaus Beuthen unsere Generalversammlung statt, die sehr gut besucht war. Der Vorsitzende Kollege Nowak gab die Tagesordnung bekannt und erstattete einen kurzen Jahresbericht. Anschließend daran gab der Kassierer Bredel den Kassenbericht. Nachdem fand die Neuwahl des Gesamtvorstandes statt. Aus der Wahl ging hervor als 1. Vorsitzender Nietsche, Konrad, 2. Vorsitzender Wallura, Paul, Hauptkassierer Bredel, Johann, Hilfskassierer Kollegen Lehner, Joseph, Johannes und Ludwiga. Schriftführer Lehner, Joseph, Revisionen Kollegen Groß und Kasparek, Franz. Als Revisoren der Wohlfahrtsinstitution wurden gewählt Kollegen Frontziak und Wallura. Zum Kartelldelegierten wurde Kollege Nietsche und als Stellvertreter Kollege Fröhlich gewählt. Im Punkt Gewerkschaftliches gab Kollege Nowak den Anwesenden die Gründung einer Tariffasse in D.-S. bekannt. In diese zählt jeder Kollege jährlich einen halben Stundenlohn. Am 23 Uhr war Schluss der Versammlung.

RUNDSCHAU

Weiteres Anzeigen der Unfallversicherer. Ueber die Unfallversicherung im Jahre 1927 hat das Reichsversicherungsamt ein vorläufiges Zahlenbild entworfen. Nach dem zum Teil durch Schätzung ergänzten Unterlagen betragen die Gesamtaufwendungen rund 332 709 000 Mark gegen 321 598 600 Mark im Jahre 1926. Die Steigerung beträgt demnach etwa 10 Millionen Mark. Ueber den Umfang der Unfallversicherung, wie er durch die Zahl der Versicherten, der Arbeiter und der Löhne zum Ausdruck kommt, stehen Zahlenangaben noch nicht zur Verfügung. Derartige Angaben gehen den Versicherungsunterlagen im allgemeinen erst Mitte Februar von den Unternehmern zu und bedürfen dann zunächst der Nachprüfung. Eine entsprechende Veröffentlichung ist durch den RWA zugleich mit Angaben über die Höhe der Umlagen usw. zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu erwarten.

Zur Zeit besteht daher auch noch keine Möglichkeit, die in dem Jahre 1927 eingetretene, im folgenden dargestellte, weitere absolute Steigerung der Zahl der gemeldeten und der erstmalig entschädigten Unfälle zu der Zahl der Versicherten oder der Vollarbeiter in Beziehung zu setzen. Nach vorläufigen Zusammenstellungen sind im Jahre 1927 rund 1 290 000 Unfälle gemeldet worden, das sind rund 275 000 mehr als im Jahre 1926. In den vorstehenden Zahlen sind die Fälle von Berufskrankheiten eingerechnet. Es wurden Berufskrankheiten 4261 gemeldet und erstmalig entschädigt 292.

Das Heilverfahren in der Unfallversicherung. Wie in der Krankenversicherung, so schieben sich auch in der Unfallversicherung die Sachleistungen immer mehr vor die Barentschädigungen. Das geschieht bewusst und überzeugt. Der Verletzte soll möglichst nicht zeitweilig einen Krüppel bleiben und ihm eine Geldrente einen notwendigen Ausgleich in infolge Unfalls eingebühten vollen Arbeitskraft geben. Der Verletzte, namentlich der Schwerverletzte, soll schnellstens die ärztliche Hilfeleistung erhalten, die noch schlimmere Folgen für ihn abwendet. Es ist deshalb ein erheblicher Fortschritt auf dem Gebiete des Unfallheilverfahrens, daß die Berufsgenossenschaften, als Träger der reichsgesetzlichen Unfallversicherung, in Gemeinschaft mit den Krankenkassen das Heilverfahren für Unfallverletzte fördern. Durch ein Abkommen ist den Krankenkassen die Aufgabe übertragen, jeden schweren Unfallverletzten sofort einem bestimmten Facharzt oder einem vorgezeichneten Krankenhaus zu überweisen. Das geschieht nicht gegen den Verletzten, sondern in dessen Interesse. Er soll sofort nach dem Unfall in die Hand desjenigen Arztes gelangen, der je nach Art der Verletzung sicher den ersten Eingriff vornehmen kann. Es sind solche Ärzte und Krankenhäuser gewonnen, die über neuzeitliche Einrichtungen verfügen und selbst schwere Unfälle in Behandlung nehmen können. Es soll auf diese Weise verhütet werden, daß ein Schwerverletzter erst nach Wochen oder Monaten in die richtige Behandlung kommt. Wieviel schwere Folgen werden für den Verletzten abgewendet, wenn sofort nach dem Unfall die Verletzung durch Fachärzte richtig behandelt wird. Schon der erste ärztliche Eingriff kann Schlimmstes, häufig den Tod, verhindern. Die Versicherten haben größtes Interesse daran, die Durchführung des Heilverfahrens kennenzulernen. Jedem wird darüber entweder vom Unternehmer oder aber von der Krankenkasse Auskunft erteilt. Nützliche Propaganda im Betrieb und unter Berufsgenossen wird vieles abwenden, was oft zu spät erkannt wird. In keinem Betriebe sollte in Form eines Plakats der Hinweis fehlen, welche Fachärzte und welche Krankenhäuser für die Durchführung des Unfallheilverfahrens zuständig sind, damit Unfallverletzte auch sofort die ärztliche Hilfe erhalten, die in ihrem Interesse geboten ist.

Die Verteilung des Volkseinkommens in Amerika. Nach einer Berechnung umfaßt die unterste Gruppe der Bevölkerung der Vereinigten Staaten 65 v. H. Der Anteil dieser Gruppe an dem Gesamteinkommen des Landes beträgt 38,6 v. H. Die untere Mittelklasse umfaßt 15 v. H. der Bevölkerung und 14 v. H. des Gesamteinkommens. Die höhere Mittelklasse hat 18 v. H. der Bevölkerung und 27 v. H. des Gesamteinkommens. Die oberste Klasse besteht aus 2 v. H. der Bevölkerung mit einem Einkommen von 20 v. H. des Gesamteinkommens. Die unterste Klasse der Bevölkerung stellt also auch in den Vereinigten Staaten die große Mehrheit dar. Auf der anderen Seite vermögen 20 v. H. der Bevölkerung fast die Hälfte des gesamten Einkommens für sich in Anspruch zu nehmen. — Auf eine Familie von 5 Köpfen berechnet, wird der Jahresverdienst der unteren Gruppe auf 2300 Dollar gerechnet, das ist gegen 1921 eine Zunahme von 12 v. H. oder 276 Dollar. Nach Prof. Irving Fisher erreicht dieser Verdienst nicht ganz das wünschenswerte Minimum, um außer den notwendigen Lebensbedürfnissen und Bequemlichkeiten auch noch einige Ersparnisse und Ausgaben für Kulturzwecke zu ermöglichen. Hierfür wäre ein Jahreseinkommen von etwa 2880 Dollar notwendig.

Welche Berufe sind vor dem Arbeitsgericht am meisten vertreten? Das Arbeitsgerichtsgesetz ist nunmehr 9 Monate in Wirksamkeit. Ein Ueberblick ist heute bereits darüber möglich, welche Erfahrungen mit diesem Gesetz, bekanntlich eines der größten sozialpolitischen Errungenschaften, gemacht worden. Allgemein wird anerkannt, daß sich das Gesetz vorzüglich bewährt hat. Das Arbeitsgerichtsgesetz brachte gegenüber den früheren Gewerbe- und Kaufmannsgerichten eine erhebliche erweiterte Zuständigkeit. Die Inanspruchnahme der Arbeitsgerichte ist in den einzelnen Landesteilen verschieden. Einen starken Anstieg und eine erhebliche Erweiterung gegenüber früher ist bei dem Berliner Arbeitsgericht zu verzeichnen. Auch aus anderen Gegenden, so aus Baden, Württemberg und Hannover wird eine lebhaftige Beschäftigung der Arbeitsgerichtsbehörden gemeldet. In den ersten sechs Monaten wurden bei dem Berliner Arbeitsgericht insgesamt 28 426 Klagen anhängig gemacht. In 9 814 Fällen wurde ein Vergleich geschlossen, rund 3 000 Klagen zurückgezogen, der Rest wurde durch Urteil entschieden. Bezüglich der Zahl der eingereichten Klagen stehen die Hausangehörigen weitestens an der Spitze, es folgen die Arbeiter in der Metallindustrie, dann diejenigen des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes, sodann die Bauarbeiter, die ungelerten Arbeiter, die Arbeiter der chemischen Industrie, die Arbeiter und Angestellten der Land- und Forstwirtschaft usw. Am geringsten wird das Gericht von den Eisenbahnern in Anspruch genommen. Es scheint, daß dort die Beanspruchung des Arbeitsgerichts am höchsten ist, wo die gewerkschaftliche Organisation am meisten zu wünschen übrig läßt und deshalb die tarifmäßige Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im argen liegt. Das ist bei den Hausangehörigen ohne Zweifel der Fall. Selbst Unternehmer und deren Vertreter anerkennen die gute Wirkung dieses Gesetzes, obwohl es von ihnen bei der Schaffung bekämpft wurde. Dies geht z. B. aus einem Urteil hervor, welches wir am Schluss eines Artikels in den Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer zu Berlin finden: „Es (das Arbeitsgerichtsgesetz) hat sich als ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Vereinheitlichung des Rechts und zur Konsolidierung der Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse erwiesen.“ Na also!

Die deutsche Auswanderung. Im Jahre 1927 haben 61 000 Deutsche den Staub des Vaterlandes von den Füßen geschüttelt. Das entspricht den Zahlen aus den beiden vorhergehenden Jahren. Einen Höhepunkt bildete das Glendjahr 1923, wo 115 000 Deutsche auswanderten. Süddeutschland stellt verhältnismäßig mehr Auswanderer als Norddeutschland. In Preußen wanderten rund 40 v. H. mehr Männer als Frauen aus. Dem Beruf nach gehörten rund 20 000 Auswanderer der Industrie an, 15 000 der Landwirtschaft und 9000 dem Handel und Verkehr.

BEKANNTMACHUNGEN DES ZENTRAL-VORSTANDES

Wegen Streikbruchs, begangen im mitteldeutschen Steinseherstreik, wurden ausgeschlossen auf Antrag der Zahlstellen: Halle, Steinseher Wilh. Paarsch und Ernst Kahlisch; Hannover, Hilfsarbeiter Fritz Kophen, Lehrte; Celle, Steinseher Carl Moldenhauer. Auf Antrag der Zahlstelle Stettin wurde der Steinseher Otto Schuldt wegen Sperrebruchs ausgeschlossen.

Die Quartalsabrechnungen vom 1. Vierteljahr 1928 stehen noch von einer ziemlichen Zahl der Verbandsorte aus. Die Restanten werden in der Nr. 19 veröffentlicht.

BEKANNTMACHUNGEN DER ZAHLSTELLEN- u. GAULEITUNGEN

Achtung, Kursteilnehmer und beteiligte Zahlstellen! Das auf Anregung in den Wandertouren vielerorts angeschaffte Werk „Die Praxis des Arbeiterrechts“ von Piel und Weigert liegt nunmehr in neuer, erweiterter Auflage vor. Die Neuauflage war notwendig, weil die arbeitsrechtliche Gesetzgebung eine ziemliche Umgestaltung gebracht hat. Durch einen größeren Abschluß können wir das neue Werk mit Preisermäßigung bekommen. Die Anschaffung ist durchaus zu empfehlen. Es ist deshalb notwendig, daß Kursteilnehmer und Filialen die Bestellung des Buches möglichst umgehend der Schriftleitung des „Steinarbeiters“ mitteilen, um danach den Gesamtbezug einrichten zu können. Die Erledigung der einzelnen Bestellung erfolgt dann vom Zentralbureau aus.

Die Bestellungen für dieses Werk sind bisher recht spärlich eingegangen, je mehr, desto billiger das einzelne Buch. Die Aufforderung zur Bestellung wird nicht mehr veröffentlicht, denn dreimal ist das bereits geschehen.

Waldenburg (Schl.). Am 13. März konnte der Steinseher Alois Kadam auf eine 25jährige Verbandzugehörigkeit zurückblicken. Der Kollege ist am 29. September 1875 zu Stills in Tirol geboren und am 13. März 1903 in München dem Verbands beigetreten. Dem Kollegen Kadam noch nachträglich zu seinem Organisationsjubiläum unsere kollegialen Grüße mit dem Wunsche, daß er es bis 50 Jahre bringt.

Bremen. Hier am Ort werden Steinseher nur durch Vermittlung der Ortsverwaltung eingestellt. Wer ohne deren Zustimmung hier zureist, könnte sehr enttäuscht wieder von dinnen ziehen.

Neumünster. Das Mitgliedsbuch Nr. 80 828 für Gustav Sievers ist verloren worden. Vor Mißbrauch wird gewarnt!

ADRESSEN-ÄNDERUNGEN

- Gau: Beuthen Ob.-Schles. Vor.: Konrad Nietsche, Gartenstraße 20.
- Gau: Diehensdorf. Vor.: Adolf Thieme, Markersdorf (Chemnitztal), Nr. 32. Kass.: Bernhard Mahner, Markersdorf (Chemnitztal), Nr. 32.
- Gau: Soest in W. Vor. u. Kass.: Wilhelm Lange, Dthofenstraße 64/66.
- Gau: Niederrhein-Deidesheim. Vor.: Johann Glaser, Deidesheim, Hauptstraße. — Seebach. Kass.: Karl Altmann, Oberschwarzenbach, Post Seebach.
- Gau: Bughenau. Kass.: Otto Damm, Bahnhofstraße 19.

BRIEF KASSEN

366. Bt. In solchen Streitfällen entscheidet der Vorsitzende des Arbeitsamtes. Ein Einspruch gegen den Entscheid ist zulässig bei dessen Spruchauspruch, der aus dem Vorsitzenden und je einem Arbeitgeber und Arbeitnehmer besteht. Gegen den Entscheid des erwählten Spruchauschusses ist Berufung zulässig bei der Spruchkammer des Landesarbeitsamtes. Eine Haftbarmachung für „Schaden“, wie Du schreibst, ist unzulässig, kommt nicht in Frage, ist auch nur eine Redefloskel.

M. D. Gemeint sind von Dir jedenfalls die Lindcar-Fahrradwerke A.-G., Berlin Lichtenrade, Verlängerte Viktoriastraße. Die liefern jedoch, soweit uns bekannt, nur Fahrräder und nicht Motorräder. Vielleicht ist Deine Anfrage dort angebracht.

NEUE BUCHER- u. ZEITSCHRIFTEN

Seing Hornung, zur Soziologie der Bürgerfunktionen. — Jungsozialistische Schriftenreihe, herausgegeben von der Reichsleitung der Jungsozialisten. Umfang 46 Seiten. Kart. 0,85 Mk. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W. 30.

Se Traducteur, französisch-deutsches Sprachlehr- und Unterhaltungsblatt. Wer sich sein hiesiges Französisch vertiefen oder daselbst weiter ausbilden will, der greife nach dieser leicht illustrierten und auch technisch vorzüglich ausgestatteten Zeitschrift. Probeheft kostenlos durch den Verlag des Traducteur in Le Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Die „Bücherwarte“ mit Beilage „Arbeiterbildung“ ist zum Preise von 1,50 Mk. für das Vierteljahr durch die Post oder die Buchhandlung zu beziehen.

Illustrierte Reichsbanner-Zeitung. Erscheint wöchentlich. Postabonnement monatlich 90 Pfg. Postanstellen und Verlag J. H. W. Dieck, Berlin SW. 68, nehmen Bestellungen an.

„Frauenwelt.“ Halbmonatsschrift, Preis 30 Pfg., mit Schnittmusterbogen 40 Pfg. Verlag J. H. W. Dieck Nachfolger, Berlin SW. 68. Bestellungen bei allen Postanstalten und Buchhandlungen.

„Die Gemeinde.“ Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag J. H. W. Dieck Nachf., Berlin SW. 68. Preis pro Monat 60 Pfg. Zu beziehen durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag.

„Der Wahre Jakob“ ist zum Preise von 30 Pfg. pro Exemplar in allen Kollekturbuchhandlungen zu haben.

Geschäftsstufte im heutigen Konkurrenzkampf. Von J. Jørgensen-Jensen. 21. bis 30. Tausend. 2,60 Mk., gebunden 3,30 Mk. Organisations-Verlag A.-G., Dir. Emil Wigt, Leipzig 80 (Vollständig Leipzig 9044). Eine unentbehrliche Ergänzung unserer Zeit genutzener Geschäftsmoral hat Tausende über Elemente aufzuheben lassen, die um jeden Preis sich auf Kosten der Aufständigen schnell bereichern wollen, allerlei Geschäftsstufte anwenden, um ihr Ziel zu erreichen, hinterher aber schwer zu fassen sind. Da ist das vorliegende Buch des bekannten Geschäftsmanns wirklich ein Bedürfnis. Die erste Auflage von 20 000 Exemplaren war schnell vergriffen. Es ist jedermann über die verschiedenen Tricks auf allen Gebieten in unerwarteter Form auf und wird so durch seine Warnungen und Belehrungen vor manchem Schaden bewahren können, sich also vielfältig bezahlt machen. Aus diesem Grund ist seine Anschaffung nur zu empfehlen.

ANZEIGEN

Berlin. Sektion der Gleisbauarbeiter.

Am Sonntag, dem 6. Mai 1928, vormittags 10 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelauer 25, großer Saal, eine Versammlung der Gruppe Gleisbauarbeiter statt. Tagesordnung: 1. Wahl der Sektionsleitung, 2. Aussprache über Lohn und Arbeitsverhältnisse, 3. Verschiedenes.

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung muß jeder in dieser Gruppe beschäftigte Kollege erscheinen. Besonders die bei der Fa. Butt u. Co. Beschäftigten sorgen auch für Bekanntgabe dieser Versammlung. Die Ortsverwaltung. I. A.: Gustav Nitsche.

Steinsetzer - Gesellen
zu Tarifföhnen
werden für dauernde Arbeiten
jederzeit eingestellt
Paul Greltza, Steinsetzmeister,
Berlin-Lichterfelde, Dürerstr. 18/20.
Telephon: Lichterfelde 1638.59.

Steinsetzer
stellt auf längere Zeit ein
Katzorke, Landsberg a. W.

Mehrere Steinmetzen
zur Bearbeitung von Hartgestein
(Diabas) zum sofortigen Eintritt
gesucht. Angebote unter E. 100
befördert die Schriftleitung.

Steinbruch-Schuhe
handgearbeitet, in bekannt guter
Qualität und Ausführung. 14.- Mk.
Jagdschuhe, Naturleder u.
Kernbox 14.50 Mk.
Herm. Welbers, Berufschuhwerk
Bad Godesberg.

Die besten
Pflasterhämmer
sind AM gezeichnet und aus
mit bestem Stahl ange-
fertigt. Lieferbar sofort in allen
Größen, da stets einige hundert
Stück am Lager. Zu beziehen
vom Hersteller
Aug. Mosch, Schmiedemeister,
Altkessel, Kr. Grünberg i. Schles.

aus bestem Schweißstahl
Pflasterhämmer
Rammen, Brechstangen
und sämtliche Werkzeuge
für den Straßenbau
liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

GESTORBEN

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- In Demitz-Thumitz am 7. April der Pflastersteinmacher Rich. Schmotzke, 34 Jahre alt, Herzfehler (2 Wochen krank).
 - In Biffelbach am 11. April der Hilfsarbeiter Friedr. Mad, 54 Jahre alt, tödlicher Unfall.
 - In Bad Odesloe am 12. April der Steinseher Hermann Tödt, 61 Jahre alt, Magenkrebs (4 Wochen krank).
 - In Markkleeften am 12. April der Granitsteinmetz Christoph Neupert, 42 Jahre alt, Lungenkrebs (5 Monate krank).
 - In Hamburg am 15. April der Steinseher Herm. Dorn, 60 Jahre alt, Magenkrebs (13 Wochen krank).
 - In Niederlinda am 18. April der Pflastersteinmacher Adolf Baumert, 60 Jahre alt, Magenkrebs (63 Wochen krank).
 - In Bunzlau am 19. April der Hilfsarbeiter August Bormann, 68 Jahre alt, Herzschlag.
 - In Berlin am 19. April der Steinseher August Pich, 72 Jahre alt, Blutvergiftung (4 Monate krank); am 23. April der Fräier Arno Zimmermann, 58 Jahre alt, Blutsturz in Verbindung mit Lungentuberkulose (2 Jahre 4 Monate krank).
 - In Leipzig II am 24. April der Hilfsarbeiter Wilhelm Kögel, 59 Jahre alt (Ursache nicht angegeben).

Ehre ihrem Andenken!
Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold; Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Baugewerksbund und Steinarbeiterverband

Im „Grundstein“ Nr. 15, 16 und 17 unternimmt es der Sektionsleiter der Tiefbauarbeiter des Baugewerksbundes Hermann Otto unsere Broschüre „Der Streit zwischen Baugewerksbund und Steinarbeiterverband“ zu beantworten. Es verlohnt sich indessen nicht, noch einmal auf die allgemein bekannten Ereignisse, ihre Ursachen und ihre Wirkungen einzugehen. Auf seine Behauptung, daß unsere 44 Seiten starke Broschüre zwar „reichlicher, aber leider nicht im gleichen Maße richtig“ als die nur 15 Seiten starke Broschüre des Baugewerksbundes ausgefallen sei, wollen wir zum Abschluß der bisherigen Auseinandersetzung in Abänderung eines bekannten Sprichwortes nur das eine erwidern: „Ein Ignorant vermag mehr Verwirrung und Unheil anzurichten, als viele vom besten Willen besetzte Personen zu klären und gutzumachen vermögen.“

Die Richtigkeit vorstehender Äußerung beweist Otto mit folgenden Schlußsätzen seiner sieben Zeitungspalten langen Erwiderung:

„Aus diesem Dilemma (dem Streit der beiden Verbände) ist durch die Berufung auf irgendwelche Rechte nicht herauszukommen, sondern nur durch Vernunft. Diese Vernunft sagt: Befriedigung der Streitpunkte durch Zusammenschluß! Das wollen wir. Die andere Seite aber will diesen Zusammenschluß nicht, folglich will sie den Streit.“

Was kümmern Otto „irgendwelche Rechte“, beispielsweise: die Satzungen des ADGB., welche das selbstverständliche Selbstbestimmungsrecht der Verbände gewährleisten.

In Nr. 17 des „Grundstein“ wird auch das die Verschmelzung ablehnende Ergebnis von der sechsten Abstimmung des Dachdeckerverbandes (der doch eine ausgesprochene Bauarbeiterorganisation ist) bekanntgemacht. Die Dachdecker können von Glück sagen, daß sie nicht zum Tiefbau gezählt werden können (wenn wir Otto auch für fähig halten, selbst das zu „beweisen“.) Der „Grundstein“ gibt in diesem Falle nämlich zu, daß die Abstimmungsart (und damit wohl auch die Abstimmung selbst mit allen ihren Konsequenzen) eigene Angelegenheit des Dachdeckerverbandes ist, wenn auch der „Dachdeckerzeitung“ der Vorwurf nicht erspart wird, „daß den Gegnern des Anschlusses nicht in gründlicher Weise begegnet worden ist.“ (Armer Th. Th. „Undant ist der Welt Lohn.“) Was aber den Dachdeckern recht ist, das ist den Steinarbeitern nebst Steinsehern und Berufsgenossen nach Ottoscher Vernunft noch lange nicht billig. Wir sagen deshalb zum Schluß: Auf Unrecht beruhende Vernunftgründe lehnen wir nach wie vor ab. Wir verlangen die Wiederherstellung des vom Baugewerksbunde verletzten gewerkschaftlichen Rechtes und gleichzeitig verbitten wir uns, wie alle anderen Verbände, jede weitere Einmischung in unsere eigenen Verbandsangelegenheiten. Der Verbandsvorstand.

Deutscher Naturstein und Carrara-Marmor auf der Frankfurter Frühjahrsmesse 1928

(Nachdruck verboten.)

Dadurch, daß auf der Frankfurter Frühjahrsmesse in zwei nebeneinanderliegenden Ausstellungsräumen deutsche Natursteine und Marmor aus Carrara ihre vielseitigen Verwendungsmöglichkeiten zeigten, hatten die Fachleute Gelegenheit, sehr bequem Vergleiche zu ziehen. Dabei muß man sagen, daß der geschmackvoll ausgestattete deutsche Pavillon im Gesamteindruck dem italienischen durchaus nicht nachstand. Im deutschen Ausstellungsraum wirkten die Wände dadurch, daß die verschiedenfarbigen Platten aus deutschem Marmor und Granit, zusammengefaßt nach Gewinnungsbezirken, nebeneinander mit entsprechenden Bezeichnungen zur Wandverkleidung benutzt waren, sehr informativ. Viele Besucher haben hier überhaupt erst einmal, wie verhältnismäßig reich auch Deutschland an Marmor und Granit ist und daß in Anbetracht der in verschiedenen Gegenden unseres Landes liegenden Gewinnungstätten auch die Transportfrage für den deutschen Naturstein einfacher und die Beförderung billiger als die des ausländischen Gesteins ist. Daß zudem der deutsche Naturstein außer zur Verkleidung von Wänden, Fußböden, Treppen usw. auch ausgezeichnet für alle Zwecke der Architektur und der Dekoration geeignet ist, bewies der deutsche Pavillon sehr eindrucksvoll. Die ausgestellten Kamine, Taufbecken, Denkmäler, Grabmäler, Skulpturen usw. aus einheimischem Marmor verschiedener Tönung sprachen eine eindringliche Sprache in dem Sinne, daß unser deutscher Naturstein für alle diese Zwecke mit vollem Recht Berücksichtigung verlangen kann.

Im italienischen Pavillon fanden außer den ausgestellten Marmorproben auch Photographien, welche die zum Teil noch recht primitiven Arbeitsformen neben modernen Maschinen erkennen lassen, Beachtung. Da die italienische Regierung durch ein Dekret angeordnet hat, daß auch die Marmorindustrie ihres Landes den neuesten, industriellen Anforderungen durch verbesserte Arbeitsmethoden und Pflege der Handelsverbindungen Rechnung tragen soll, so wird man mit dem verschärften Wettbewerb des italienischen Marmors rechnen haben. Bei dieser Sachlage erscheint es angebracht, über die Carrara-Marmorindustrie an Hand des italienischen Informationsmaterials einiges mitzuteilen. Die Marmorstadt liegt zwischen den Apuanischen Alpen und dem Mitteländischen Meer in der Zone der schönen Küste Italiens. Wer von Genua nach Rom fährt, der hört auf der Haltestelle Avenza den Namen Carrara rufen und steht in Entfernung weniger Kilometer von der Bahnlinie die Zentralgruppe der Apuanischen Alpen mit ihrem weißschimmernden Gipfel in der Sonne funkeln. Das ist der leuchtende Marmor.

Technisch ist interessant, daß wahrscheinlich der Name Carrara vom schweren Karren herrührt, der zum Transport des Marmors seit altersher und teilweise auch heute noch dient. Das Wappen der Stadt Carrara zeigt noch heute das historische römische Rad des Karrens für den Marmortransport mit dem uralten Motto „Im Rade liegt meine Kraft“. Man muß sagen, daß hier einmal der interessante Fall vorliegt, ein ausgeprägtes Element der Arbeit für das Symbol einer Arbeitsstadt gewählt zu sehen. Ganz Carrara lebt seit über 1000 Jahren von seinen Marmorsteinbrüchen. Vom Meere bis zum Gebirge stellt diese Stadt mit heute über 60 000 Einwohnern eine lärmende Bearbeitungsstätte des italienischen Natursteins dar. Von den auf den höchsten Gipfeln der Apuanischen Alpen gelegenen Steinbrüchen bis zur Ebene, wo man in riesigen Werkstätten den Marmor sägt und bearbeitet, gibt der Naturstein bei

Bevölkerung Beschäftigung. Auch am Meere, wo mit starken Kränen der Marmor hochgezogen und auf großen Dampfern verladen wird, herrscht eifrige Tätigkeit. Im ganzen gibt die Marmorindustrie von Carrara 15 000 Menschen Arbeit.

Denkmäler der Architektur und Bildhauerei zeigen, daß seit zwei Jahrtausenden der italienische Marmor große Widerstandsfähigkeit besitzt. Allerdings muß der kritische Betrachter daran erinnern, daß es auch ein Unterschied ist, ob ein Naturstein unter dem sonnigen Himmel Italiens oder Griechenlands nur milden Naturinflüssen ausgesetzt ist oder ob er den wesentlich schärferen Anforderungen der Bitterung Nordeuropas standhalten soll! Dabei ist die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Hartgesteins ganz besonders unter diesem Gesichtswinkel zu prüfen, was nicht immer genügend beachtet wird. Das hindert natürlich nicht, daß man den historischen Kunstwerken aus italienischem Marmor in den Ländern am Mittelmeer die verdiente Hochschätzung entgegenbringt.

Im Altertum war der italienische Naturstein unter dem Namen Marmor von Luni bekannt, dessen Ruinen wenige Kilometer von Carrara liegen. Von historischen Bauwerken in Rom, die von Carraramarmor hergestellt wurden, seien hier nur erwähnt: das von Agrippa erbaute Pantheon, die Pyramide von Cestio, die Octavianische Halle beim Zirkus Flaminius, der Tempel des Apollo Palatinus wie der Tempel der Concordia aus dem Jahre 12, der Claudiusbogen, das Forum Trajanum und die trajanische Säule vom Jahre 112 sowie der Zeus-Tempel in Ostia. Die zahlreichen Bruchstücke der öffentlichen und privaten Bauten und der Grabdenkmäler, die Reliefreliefs und die Marmorstatuen aus der römischen Epoche zeigen weitgehende Verwendung des Marmors von Carrara. Derartige Bruchstücke finden sich ja nicht nur in Italien im Freien und in den Museen der Hauptstadt wie der Provinzen, sondern sind auch in Museen der Großstädte Europas anzutreffen.

Schöne Denkmäler aus dem 11. sowie 12. und 13. Jahrhundert sind reich an Carraramarmor, wie die Kirchen von Lucca, Genua, Orvieto, Pisa und Florenz mit ihren berühmten Türmen zeigen. Dieser Stein ist ebenso zu den Statuen von Michelangelo wie zum Schloß von Versailles benutzt worden. Im übrigen findet man Bruchstücke unter Verwendung von Carraramarmor bekanntlich auch in anderen Städten, so in London, ferner in Deutschland, wo besonders das Potsdamer Palais erwähnenswert ist, und Petersburg, wo unter verschiedenen Bauten der Marmorpalast eine hervorragende Stelle einnimmt.

Neuerdings statten namentlich italienische Schiffsahrts-Gesellschaften die eleganten Kabinen der großen Luxusfahrer mit vollständigen Marmoreinrichtungen aus.

Die Gewinnung des Marmors von Carrara ist ebenso mühsam wie vollkommen, da sie alles in sich schließt vom Ausgraben der Blöcke, dem Transport vom Gebirge zur Ebene, dem Schnitt des Gesteins und der Verarbeitung bis zur Verladung in weite Gegenden. Zuerst im Gebirge geschlagen, geschnitten, bearbeitet von der Hand der Männer und durch mächtige Maschinen, so werden die großen Blöcke zerteilt, um dann vierseitig behauen und gesägt zu werden, je nach den Erfordernissen der Technik. Unter dem Meißel der Bildhauer entstehen dann die Statuen und Denkmäler. Mühsam werden die Blöcke, die in ihrer großen Mannigfaltigkeit farbenprächtig wirken, vom Gebirge bis zur Ebene geschafft. Transportmittel, wie Drahtseilbahnen und der kühn angelegte Schienenstrang der „Marmoreisenbahn“, werden hier benutzt. Aber auch zahlreiche Ochsenespannen ziehen noch geduldig die schwersten Lasten sicher über abschüssige Gebirgsbänge. Selbst der römische Karren transportiert heute noch Marmor aus den Steinbrüchen zur Ebene. Die für Maschinen verbrauchte Energie macht ungefähr 5000 Pferdekräfte aus. Vom Stapelplatz werden jährlich etwa 250 000 Tonnen und mit der Eisenbahn ungefähr 270 000 Tonnen verfrachtet. Der Wert des Rohprodukts übersteigt jährlich 150 Millionen Lire.

Diese Entwicklung der italienischen Marmorgewinnung ist den verbesserten technischen Methoden, der Organisation der Gewinnung, des Schnitts und des Transports zu danken. Während 1870 noch für alle Arbeiten Sprengungen mit Schwarzpulver in Frage kamen, verhältnismäßig unvollkommene Maschinen lagten, schiffen und drehelten und das Frachtgut nur auf primitiven Landungsbrücken verladen wurde, arbeitet die heutige industrielle Organisation mit immer besseren Erzeugnissen der Ingenieurwissenschaften, die zur schnellen Ausgrabung, vervollkommenen Bearbeitung und zum rationalen Transport des Marmors die Wege weisen. Hand in Hand damit geht die Vervollkommnung des kaufmännischen Betriebes.

An der italienischen Marmorproduktion sind die Brüche von Carrara mit 80 Prozent beteiligt. Die jährliche Marmorproduktion von über 500 000 Tonnen macht unter Berücksichtigung der Vorbearbeitung jährlich einen Wertfaktor von 350 Millionen Lire aus. Im letzten Jahre wurden 57,5 Prozent Rohmarmor und der Rest in einer Gesamtmenge von fast 147 000 Tonnen als bearbeiteter Marmor ausgeführt. Vom Export des Rohmarmors gehen gut 61 000 Tonnen nach Amerika, fast 49 000 Tonnen nach Deutschland, gut 26 000 nach Belgien, etwa über 20 000 Tonnen nach Frankreich und dann folgt in großem Abstände England mit 8850 Tonnen. Erwähnenswert ist die Ausfuhr nach der Schweiz mit gut 4000 Tonnen, die nach Ägypten mit fast 1400 Tonnen, nach Österreich mit 1645 Tonnen und nach Australien mit 952 Tonnen. An bearbeitetem Marmor wurden von Italien 1927 ausgeführt nach England gut 36 000 Tonnen, nach Argentinien fast 28 000 Tonnen, nach Britisch-Indien fast 12 600 Tonnen, nach Deutschland 10 000, nach Amerika 8700 Tonnen, nach Frankreich aber nur 3030 Tonnen.

Durch ein Gesetz vom Dezember 1927 hat die italienische Regierung ein Konsortium der Industriellen und Händler von Rohmarmor in Blöcken und Platten der Gemeinde Carrara und der angrenzenden Gemeinde Fivizzano ins Leben gerufen. Die Erzeugnisse dieser zwei Gemeinden gelten nach altem Handelsbrauch als Carrara-Marmor. Um der Randschaft des In- wie des Auslandes Garantie dafür zu leisten, darf dieses Konsortium auf jedem Marmorblock und jeder Marmorplatte aus den beiden Brüchen, deren Erzeugnisse als gleichwertige Qualität gelten, ein Schutzzeichen in Gestalt des erwähnten historischen römischen Rades, des Wappens von Carrara, anbringen.

Zur Regelung des Verkaufs in Italien wie im Auslande hat sich auf Verfügung der Regierung ein „Consorzio per l'Industria e per il Commercio dei Marmi di Carrara“ als ausschließliches Handelsorgan der Marmorbranche von Carrara gebildet. Die gesamte Marmorproduktion beider Gewinnungstätten wird von dieser Genossenschaft kontrolliert, welche die Preise für die verschiedenen Qualitäten festsetzt und den Marmor in Italien wie nach dem Auslande verkauft. Durch die Zusammenfassung soll eine Rationalisierung der Produktion, schnellere und gleichmäßigere Lieferung erreicht werden. Die erste Preisliste dieses Konsortiums hat keine Erhöhungen gegenüber den bisherigen Preisen, aber für verschiedene Marmororten erhebliche Preiserminderungen gebracht. Wenn auch durch diese Organisation die Rationalisierung mit dem Ziel auf Preisherabsetzung gepflegt wird, so ist doch erwähnenswert, daß sich die Tätigkeit nur auf den Verkauf des Rohmarmors in Blöcken und Platten, nicht aber auf die künstlerische Bearbeitung des Marmors bezieht.

P. M. Gr.

Tarifliche Regelung der Lehrverhältnisse

Der Streit, ob der Lehrvertrag ein Arbeitsvertrag ist, steht seit Jahren im Mittelpunkt des Interesses. Der Charakter des Lehrvertrages als Arbeitsvertrag wird in erster Linie bestritten von den Handwerksmeistern, ihren Innungen und den Handwerkskammern, weniger von den Industriebetrieben und den Handelsunternehmungen, deren Ständevertretungen, die Industrie- und Handelskammern, überhaupt keine Anordnungen zur Regelung der Lehrverhältnisse treffen können. Die Rechtsprechung, die ursprünglich bezüglich der Handwerkslehrlinge sehr schwankend gewesen ist, hatte sich in neuerer Zeit bereits wesentlich zugunsten der von den Gewerkschaften vertretenen Auffassung, daß der Lehrvertrag ein Arbeitsvertrag ist, entschieden.

Nach Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes bekam diese Streitfrage neue Impulse, da nunmehr durch den in sich abgeschlossenen Instanzenweg der Arbeitsgerichtsbehörden die Möglichkeit gegeben war, eine höchstgerichtliche Entscheidung dieser Streitfrage herbeizuführen. Diese Entscheidung ist nunmehr vom Reichsarbeitsgericht in drei Urteilen vom 14. März 1928 (RAG. 13 — 75 — 76/1927) für das Baugewerbe, und zwar im Sinne der von den Gewerkschaften vertretenen Auffassung getroffen worden. Das Reichsarbeitsgericht hat dem Sinne nach folgendes entschieden:

— — — Der Lehrvertrag im Baugewerbe ist Arbeitsvertrag im Sinne der Tarifvertragsverordnung.

Das gilt auch für das zum Baugewerbe gehörige Handwerk; für eine unterschiedliche Behandlung zwischen (Bau-)Großgewerbe und Bauhandwerk liegt keine Veranlassung vor.

Auch Titel VII der Gewerbeordnung rechnet den Lehrling grundsätzlich den Arbeitern zu.

Anordnungen der Handwerkskammern und Innungen über die Regelung der Lehrverhältnisse mit Ausnahme derjenigen über die Dauer der Lehrzeit, die objektives Recht darstellen, binden nur die Lehrherren gegenüber den Handwerkskammern und Innungen. Bindende privatrechtliche Verpflichtungen zwischen Lehrherren und Lehrlingen begründen sie dagegen nicht. — — —

Es entspricht der Bedeutung höchstgerichtlicher Entscheidungen, daß sie sich eng an die zu entscheidenden Streitfragen halten und daß sie die Aufstellung allgemeiner Grundätze nach Möglichkeit vermeiden, weil immerhin in ähnlich gelagerten Fällen die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse doch andere sein können. Infolgedessen hat das höchste deutsche Gericht für die Entscheidung von Arbeitsachen vorläufig nur den Lehrvertrag für den Bereich des gesamten Baugewerbes als Arbeitsvertrag anerkannt.

Von allgemeiner Bedeutung dagegen und richtig ist die Feststellung des Reichsarbeitsgerichtes, daß die sogenannten „Richtlinien“ der Handwerkskammern und Innungen über die Regelung der Lehrverhältnisse nur die Lehrherren gegenüber den Handwerkskammern und Innungen binden, während privatrechtliche Verpflichtungen zwischen Lehrherren und Lehrlingen dadurch nicht begründet werden. Diese Feststellung des Reichsarbeitsgerichtes ist die unbedingte Voraussetzung für die Anerkennung des Lehrvertrages als Arbeitsvertrag und die dadurch gegebene Möglichkeit der tariflichen Regelung der Lehrverhältnisse, die im Gegensatz zu den Richtlinien der Handwerkskammern und Innungen kraft ausdrücklicher Gesetzesbestimmung (§ 1 der Tarifvertrags-Verordnung vom 23. Dezember 1918) unmittelbare und unabhängige Wirkung hat. Im übrigen werden die tatsächlichen Verhältnisse für die Lehrlinge vieler anderer Berufe genau so liegen wie für das Baugewerbe, so daß anzunehmen ist, daß die Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichtes in weiteren Streitfällen aus anderen Berufen zu demselben Ergebnis wie im vorliegenden Falle kommen werden.

Dagegen ist es auffällig, daß das Reichsarbeitsgericht zu seiner Stellungnahme nur auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse gekommen ist und die veränderte Rechtslage der Arbeiter und der Gewerkschaften auf Grund der Reichsverfassung vom Jahre 1919 vollkommen unbeachtet gelassen hat. Daß sich aus der Reichsverfassung zwingend ergibt, daß zur Arbeiterklasse auch die Lehrlinge gehören und daß die Regelung der Lehrverhältnisse infolgedessen eine Aufgabe der Gewerkschaften ist, ist vom Reichsarbeitsgericht noch nicht einmal angedeutet worden. Unberücksichtigt bleiben doch auch die Lehrlinge die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen, die im Artikel 159 der Reichsverfassung für jedermann und für alle Berufe gewährleistet ist. Nach Artikel 165 Absatz 1 der Reichsverfassung werden die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen anerkannt. Hierin liegt die unumstößliche Tatsache begründet, daß die Gewerkschaften das verfassungsmäßige Recht haben, auch die Lehrverhältnisse zu regeln. Hierauf hätte das höchste deutsche Gericht für die Entscheidung von Arbeitsachen unbedingt ebenfalls verweisen müssen. Es wäre auch erwähnenswert gewesen, daß in den §§ 11 und 12 des Betriebsrätegesetzes, in den §§ 2, 5, 48 und 91 des Arbeitsgerichtsgesetzes und in dem § 74 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung der Lehrvertrag bereits als Arbeitsvertrag bzw. die Lehrlinge als Arbeiter anerkannt worden sind. Man hätte nach alledem erwarten können, daß sich die Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichtes auch auf die grundsätzliche Seite des Problems erstreckt hätten. Immerhin können die Gewerkschaften mit den Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichtes zufrieden sein und die weiteren wichtigen Argumente, die wir in dieser Darstellung anführen, verstärken nur die tatsächliche Erkenntnis des Reichsarbeitsgerichtes auch in grundsätzlicher Beziehung. Es ist zu hoffen, daß das Reichsarbeitsgericht in weiteren Entscheidungen zu dieser Streitfrage den Charakter des Lehrvertrages als Arbeitsvertrag nicht nur tatsächlich, sondern auch grundsätzlich anerkennen wird.

Die Herzkammer des Geldes

Wenn das Geld in der kapitalistischen Wirtschaft mit dem Blut des menschlichen Körpers verglichen wird, dann kann man in der Reichsbank die Herzkammer des Geldes sehen. Die Reichsbank ist eines der wichtigsten Institute der Volkswirtschaft. Sie hat das Land mit Zahlungsmitteln zu versorgen, den Devisenaustausch vorzunehmen bzw. zu überwachen, Kredite zu vermitteln, Wechsel zu diskontieren usw. Das sind wichtige Lebensfunktionen einer Wirtschaft. Der Abschluß eines solchen Instituts ist deshalb von großer Bedeutung. Die Reichsbank hatte im verflorenen Jahre einen Umsatz von 730 Milliarden Mark. In ihren Kellern lagerten am Jahreseschluß ein Goldbestand von 1 864 108,11 Reichsmark. Der gesamte Devisenbestand betrug 471 Mill. Mark gegen 963 Millionen im Vorjahre. Die Bank hat also eine Währungsreserve von 2335 Millionen. Von sehr wesentlicher Bedeutung zur Beurteilung der Wirtschaft ist der Bestand von Wechseln und Schecks auf das Inland bezogen. Am Jahreseschluß betrug dieser Bestand: 2 969 124 085 M. (1 348 634 875 M.). Der Zahlungsmittelumsatz wuchs im verflorenen Jahre von 5,4 auf 6,3 Milliarden Mark. Die Giroumsätze betragen im Durchschnitt 44 952 Mill. Mark. Daß es sich bei der Reichsbank um große Kunden handelt, ergibt sich man daraus, daß die durchschnittliche Barauszahlung im Giroverkehr 14 017 M. betrug. Verwaltungskosten betragen 74,1 Millionen. Der gesetzliche Reservefonds hat eine Höhe von 43,8 Mill., der Defizitreservefonds eine solche von 65 Mill., die Rücklage für Notendruck beträgt 25 Mill., die Baureserve 25 Mill. und der Spezialreservefonds für künftige Dividendenzahlungen 45 Mill. Mark. Die Reichsbank hat also ganz gewaltige Rückstellungen vorgenommen. Der Rohgewinn beziffert sich auf 149 Mill. Eine Dividende in Höhe von 12 v. H. kommt zur Verteilung. Das Reich bekommt von diesem Reichtum ganze 5,5 Millionen Mark. An Beamten, Angestellten und Arbeitern beschäftigte die Reichsbank Ende 1927 9938, gegen 10 236 1926 und 14 635 im Jahre 1924. Also ein nicht geringer Abbau in drei Jahren. Die Neuerungen des Instituts zur allgemeinen Wirtschaftslage bringen nicht viel Neues. Wichtig ist das Bekenntnis herabsetzungs-

wert, das die Deckungsverhältnisse der Reichsbank nicht als alleinige Richtschnur bei der Regulierung des Zahlungsmittelumschlages dienen können, weil sonst die Wirtschaft auf dem Umweg von Preis- und Lohnsteigerungen zu falschen Rentabilitätsauffassungen und zu fehlerhaften Dispositionen in ihrer Investitions- und Geschäftsbearbeitung verleitet wird. Ein Prüffeld für die Höhe des Zahlungsmittelumschlages ist die Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus. Da das deutsche Preisniveau nach oben gerichtet war, sei in der weiteren Ausdehnung des Zahlungsmittelumschlages Zurückhaltung geübt worden. Der gegenwärtige Zahlungsmittelumschlag geht nur wenig über denjenigen der Vorkriegszeit hinweg. Stellt man die Geldentwertung in Rechnung, so ist also in der Tat eine große Zurückhaltung festzustellen. Jedenfalls muß von der Reichsbank erwartet werden, daß sie den notwendigen Kreditpielraum nicht über Gebühr drockelt und auf diese Weise den Aufstieg des arbeitenden Volkes hemmt.

Mogeleien der Arbeitgeber in der Krankenversicherung

In einer Anzahl von Fällen stellt sich bei einem Vergleich der in den Arbeitgeberbeitragsleistungen für die Zwecke der Arbeitslosenversicherung angegebenen Lohnhöhe, deren Richtigkeit natürlich von den Arbeitnehmern nachgeprüft wird, mit dem von den Arbeitgebern gegenüber den Krankenkassen angegebenen Arbeitsverdienst der Versicherten heraus, daß der letztere — zwecks Beitragserparnissen — zu niedrig angegeben wurde. Das hat bereits vor mehreren Wochen den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu einem Rundschreiben an die Landesarbeitsämter und öffentlichen Arbeitsnachweise an die Landesarbeitsämter und öffentlichen Arbeitsnachweise veranlaßt, in dem es heißt:

„Offenbar werden Arbeitnehmer nicht selten mit einem geringeren Arbeitsverdienst als dem tatsächlichen, der später in der Arbeitgeberbeitragsleistung angegeben wird, zur Krankenversicherung angemeldet, und es werden infolgedessen für sie zu geringe Beiträge zur Reichsanstalt geleistet. Diese Unstimmigkeit führt zwar nicht dazu, daß der Arbeitslose, wenn er tatsächlich den höheren Arbeitsverdienst bezogen hat, in die niedrigere, seinen Beiträgen entsprechende Lohnklasse eingestuft wird — diese Folge hat auch der Spruchsenat für Arbeitslosenversicherung in seiner Sitzung vom 21. Februar 1928 verneint —; wohl aber müssen die Beiträge nachentrichtet werden, die zu wenig geleistet worden sind. Ich bitte die Landesämter und die öffentlichen Arbeitsnachweise, auf dieser Nachhebung zu bestehen und in geeigneten Fällen auch eine Bestrafung der Arbeitgeber wegen der falschen Anmeldung herbeizuführen.“

Natürlich bleiben die Arbeitnehmer bei solcher vom Präsidenten der Reichsanstalt geforderten Nachentrichtung von Beiträgen in jedem Falle außer Betracht.

Wahlkampf und Genossenschaften

Es ist nicht unbekannt, daß den Genossenschaften jede andere als ihre wirtschaftliche Tätigkeit verboten ist. Der Vorstand setzt sich gegebenenfalls schwerer finanzieller Bestrafung, die Genossenschaft der gefehlischen Auflösung aus. Aus diesem Grunde vermeiden auch die Konsumgenossenschaften seit Jahrzehnten jede Sympathieerklärung bei politischen Wahlen, obwohl sie alle Veranlassung hätten, frank und frei die Sozialdemokratische Partei als jene zu bezeichnen, die der Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen am besten entspricht. Weniger von Strupeln gequält sind die Händlergenossenschaften, wie die des kaufmännischen Edeka-Verbandes, der im Widerspruch zu den gefehlischen Bestimmungen seine Genossenschaft ganz offen als Wahltruppe für die sog. bürgerlichen Parteien ins Treffen führt und sogar die Genossenschaftskassen dafür in Anspruch nehmen will.

Natürlich besteht für die Mitglieder der Konsumgenossenschaften keinerlei Hemmnis, ihre und ihrer Angehörigen Wahlstimmen für die Sozialdemokratische Partei zu mobilisieren. Und nur für diese! Die sog. bürgerlichen Parteien haben entweder Angst vor einer Stellungnahme zugunsten der Konsumgenossenschaften, oder sie sind — wie die Deutschnationalen und Bauernbündler — direkte Gegner, obwohl auch sie wissen, daß Landwirtschaft und Konsumgenossenschaften zusammengehören, wie Bauer und Arbeiter.

Was es bedeuten würde, wenn die 4 Millionen Konsumvereinsmitglieder und ihre wahlberechtigten Angehörigen, zusammen ein Wahlblock von rund 10 Millionen Wählern — bei 40 Millionen im ganzen — den Verbraucherstandpunkt geschlossen und rücksichtslos zum Ausdruck brächten, ist leicht zu erraten. Es muß darauf hingearbeitet werden, daß dies geschieht. Denn nur wer sich rührt, kommt nicht unter die Räder.

In diesem Zusammenhang ist es ganz interessant, festzustellen, daß die sog. bürgerlichen Mittelständler, bzw. deren Organisationen, eine direkte landwirtschaftsfeindliche Haltung einnehmen. So hat der Reichsverband des Deutschen Groß- und Ueberseehandels sich gegenüber der Reichsregierung gegen die 30 Millionen Mark Kaffteufel für die Landwirtschaft erklärt, weil dies eine einseitige Bevorzugung der landwirtschaftlichen Genossenschaften wäre! Und der Reichsverband des deutschen Handwerks überhandte der Regierung eine gleiche Erklärung. So sehen die „Mittelstandsleute“ der Landwirtschaft aus, deren Freunde im Landtag und Reichstag Arm in Arm mit den Deutschnationalen und Bauernbündlern den Konsumgenossenschaften das Leben sauer machen!

Andererseits traten Sozialdemokraten und Konsumgenossenschaften für die Notkredite ein und unterstützten jedes brauchbare Mittel zur Erhöhung der Lebenshaltung der Landwirte. Und gerade sie werden als „Feinde“ der Landwirtschaft denunziert. So gehen die Deutschnationalen und Bauernbündler mit dem Märchen haustieren, als ob die Konsumgenossenschaften nur dänische oder finnische Butter bezögen. Und zwar stützen sie sich auf eine nicht gerade glückliche Antwort eines einzigen (!) sächsischen Konsumvereins, während

die Konsumgenossenschaften ganz allgemein die besten Abnehmer der Volkswirtschaften sind. Außerdem aber zeigt die Tatsache, daß z. B. die Württembergische Landwirtschaftskammer mit einer besonderen Buttermarke die Erzeugung besserer Qualitätsware beeinflussen will, daß hier in der Tat ein gewisses Verständnis nachzuholen ist, das die einheimische Landwirtschaft sicherlich benachteiligt hat. Schrieb doch ein landwirtschaftlicher Oberinspektor in Liffit (Ostpreußen) in „Landmanns-Sonntagsblatt“ (95. Jahrgang 1926) unter Hervorhebung der dänischen Qualitätsbutter u. a.: „Diese Produkte sind dann auch eskalant und erzielen entsprechende Preise. In Berlin z. B. sagt sich jeder praktisch denkende Mensch, ich zahle lieber 20 bis 30 Pf. für dänische Butter mehr, als daß ich die gar nicht haltbare deutsche Landbutter kaufe.“ So ein landwirtschaftlicher Sachverständiger im großagrarischem Ostpreußen. Die deutsche Landwirtschaft wird sich dies zunutze machen müssen.

Aus alledem aber geht unzweifelhaft hervor, daß die Wähler der Konsumgenossenschaften wie der Landwirtschaft am besten sozialdemokratisch wählen, weil damit Verbraucher und landwirtschaftliche Erzeuger mit ihren gemeinsamen Interessen am besten fahren.

15 Jahre Volksfürsorge

Auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß 1905 beantragten die Erfurter Tabakarbeiter und die Dresdener Bureauangestellten, der nächste Gewerkschaftskongreß solle sich, eventuell unter Bestellung eines sachverständigen Referenten, näher mit der privaten Volksversicherung befassen. Wurde dieser Antrag auch abgelehnt, so ist er doch ein Beweis dafür, daß in der Arbeiterbewegung frühzeitig Stimmen laut wurden, die die gesamte Öffentlichkeit auf die Art und Weise aufmerksam machten, wie die Volksversicherung von vielen kapitalistischen Versicherungsgesellschaften und deren Agenten betrieben wurde. Die Versicherungsunternehmen wurden in unzähligen Fällen mit den unlautersten Mitteln und den unhaltbarsten Versprechungen zu Unbilden beschwächt, ohne daß Rücksicht auf ihre wirtschaftlichen Verhältnisse genommen wurde. So konnte es nicht ausbleiben, daß ein großer Teil dieser durch Gewaltwerbung abgeschlossenen Versicherungen infolge Zahlungsunfähigkeit verfiel. Die Versicherten verloren auf diese Weise ihre Ersparnisse und ihr Anmut richtete sich gegen die betreffenden Gesellschaften. Es sei dahingestellt, ob diese durch den vorzeitigen Verfall Hunderttausender von Versicherungen einen nennenswerten Gewinn erzielten, die Verluste der Versicherten jedenfalls waren ungeheuerlich. Aus den Kreisen der organisierten Arbeiterbewegung nach namhaften Sachverständigen auf dem Gebiete des Versicherungswesens und von Sozialpolitikern kamen die ersten Anregungen für eine Reform der Volksversicherung. Darüber war man sich allerdings in Arbeiterkreisen klar, daß zu einer grundlegenden Reform nur der Weg der Selbsthilfe führt. So entstand der Gedanke, ein eigenes Versicherungsunternehmen auf solider Grundlage zu errichten, das die Gewähr einer guten und billigen Lebensversicherung für alle Bevölkerungskreise bot. Ein Werk genossenschaftlicher und gewerkschaftlicher Solidarität sollte entstehen. Die eingeleitete Studienkommission, der von genossenschaftlicher Seite Kaufmann, Lorenz, von Elm, Turnau und Dr. Müller, seitens der Gewerkschaften Bauer, Leipart, Paepow, Schilde, Robert Schmidt, Umbreit und Hue angehörten, ging nun daran, dem Gedanken die Tat folgen zu lassen. Der 8. ordentliche Genossenschaftstag in Leipzig und der 8. Gewerkschaftskongreß in Dresden, beide im Juni 1911, erklärten sich im Prinzip mit der Gründung einer auf paritätischer Grundlage beruhenden Versicherungseinrichtung einverstanden und nahmen einstimmig entsprechende Resolutionen an. Der erste Schritt war getan.

Im Juni 1912 tagte in Berlin der 9. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Adolf von Elm behandelte in einem ausführlichen Referat die Vorarbeiten zur Gründung der neuen Versicherungsgesellschaft. Der anwesende Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sagte solidarischen Zusammenarbeiten am gemeinsamen Werke zu. Zum selben Zeitpunkt sprach der ehemalige Generallandschaftsdirektor und spätere Butschki Kapp in einer großen Versammlung in Dresden und leitete damit die Hez- und Verleumdungskampagne gegen das im Entstehen begriffene Unternehmen ein. Nach verschiedenen Verhandlungen mit dem Aufsichtsrat für Privatversicherung konnte endlich am 16. Dezember 1912 die Gründungsversammlung der Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, stattfinden. Sitz des neuen Unternehmens wurde Hamburg. Nach dem am 6. Mai 1913 durch Senatsentscheidung des Aufsichtsrats die Volksfürsorge zum Betriebe der Lebensversicherung im Deutschen Reich zugelassen wurde und im selben Monat die Eintragung der Firma in das Handelsregister des zuständigen Amtsgerichts erfolgte, beschloßen Vorstand und Aufsichtsrat, den Geschäftsbetrieb am 1. Juli 1913 zu eröffnen. Am 7. Juli ging der erste Versicherungsantrag im Hauptbureau ein.

Wie alle Zweige der modernen Arbeiterbewegung in den Anfangsjahren ihres Bestehens hart zu ringen hatten, so blieben auch der Volksfürsorge solche Kämpfe gegen ihre Reider und Gegner nicht erspart. Teile der Privatversicherung standen mit „nationalen“ und „christlichen“ Kreisen und nicht zuletzt auch mit „gelben“ Verbändlern der Volksfürsorge in trauriger Harmonie zusammen, um dem jungen Unternehmen das Lebenslicht auszublauen. Die Volksfürsorge aber wehrte sich, und mit tätiger Anteilnahme standen ihr die organisierte Arbeiterbewegung und vor allem die Arbeiterpresse zur Seite. 15 Jahre Volksfürsorge, das heißt 15 Jahre zähen Ringens und Kämpfens, heißt Aufstieg eines Arbeiterunternehmens; 15 Jahre Volksfürsorge zeigen aber auch, daß Vertrauen zur eigenen Kraft stets den Erfolg verbirgt. Die Kriegs- und Inflationszeit brachte der Volksfürsorge neue Hemmnisse und ungeheure kaum zu bewältigende Schwierigkeiten; aber jäher Arbeit und schneller Anpassung an die sich fortwährend verändernden Verhältnisse gelang es, auch diese zu überwinden.

Die Volksfürsorge war die einzige Versicherungsgesellschaft, die nach Beendigung der Inflation (November 1923) ihren Versicherungsbestand auf die neue Währung umstellen konnte. Seitdem hat die Volksfürsorge große erfreuliche Fortschritte gemacht; mit rund 1 Million Versicherten konnte sie ins Jahr 1928, in dem sie auf ihr 15 jähriges Bestehen zurückblicken kann, eintreten. Gegenwärtig werden monatlich etwa 50000 Versicherungsanträge beim Hauptbureau in Hamburg eingereicht. Arbeiten wir weiter daran, damit die Volksfürsorge die allseitige Versicherungsgesellschaft der deutschen Arbeiter-, Beamten- und Beamtenschaft wird.

Kräftiges Vorwärtsschreiten der Arbeiterbank

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., hat kürzlich ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1927 vorgelegt. War schon bisher ein unverstehtlicher Drang zur Geltendmachung im Wirtschaftsleben seitens dieses Instituts zu verzeichnen, so bedeutet der Abschluß für das abgelaufene Jahr einen besonderen Abschnitt. Blättern man den Geschäftsbericht der Arbeiterbank durch, so sollte man meinen, es hier mit einem Unternehmen zu tun zu haben, das eine jahrzehntelange Wirksamkeit hinter sich hat. Dabei wurden es im März erst fünf Jahre, seitdem die Arbeiterbank als selbständiges Institut unter dem Namen „Deutsche Kapitalverwertungsgesellschaft“ gegründet wurde. Das eingezahlte Kapital betrug bei der Gründung im März 1923 18000 Goldmark. Heute hat die Arbeiterbank ein Aktienkapital von 4 Millionen Mark und einen Bestand an offenen Reserven von mehr als einer Million Mark. Die großen Privatbanken haben das deutsche Wirtschaftsleben seit Jahrzehnten mit ihrem Einfluß durchsetzt. Als die Dirigenten des Geldes waren sie in der Lage, das Wirtschaftsleben weitgehend zu beherrschen. Da war es natürlich schwer, ein Institut zur Geltung zu bringen, welches auf der Kapitalkraft der Gewerkschaften, der Arbeiterbetriebe und den sozialen Institutionen aufgebaut war. Heute genießt die Arbeiterbank ein unumstränktes Ansehen. Ihr Einfluß ist selbst bei der Begebung großer Anleihen sichtbar. Im Hypothekengeschäft konnte sie sich den maßgebenden Einfluß bei einem alten Institut, der Hannoverischen Bodencredit-Bank in Hildesheim sichern. Die von den Organen der Arbeiterbewegung gegründeten Wirtschaftsunternehmen gelangten zuletzt durch die Förderung der Arbeiterbank zu Ansehen.

Gemäß dieser gesteigerten Bedeutung im Wirtschaftsleben nimmt die Arbeiterbank zu den brennenden Problemen in der Wirtschaft in ihrem Geschäftsbericht Stellung. Gegen die rigorose Drosselung der Auslandskredite wendet sich die Bank mit treffenden Gründen. Die Notwendigkeit, die verfügbaren Wirtschaftskräfte produktiv auszunutzen, wird mit folgenden Worten hervorgehoben:

„Wichtiger noch als diese Frage, und doch — wie uns scheint — allzuwenig beachtet, ist das Problem wirklich produktiver Ausnutzung aller verfügbaren Wirtschaftskräfte. Uns will bedünken, daß die am Wirtschaftsprozess beteiligten Kreise durchweg allem anderen das Bestreben nach Beschäftigung an sich vorantreiben und darüber die für die Gesamtentwicklung weit bedeutungsvollere Frage des Wie und Wo außer acht lassen. Betriebs-, Berufs- und Einzelgenossenschaft hindert immer wieder die gerade hier unumgängliche Auslese. Schmerzhaft zur Zeit auf der deutschen Volkswirtschaft die ernste Krise der Landwirtschaft. Die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer gefunden Fundierung gerade dieses Wirtschaftszweiges ist heute wohl Gemeingut. Nur über die einschlagenden Wege herrscht keine Uebereinstimmung. Uns scheint, daß man sich von der überkommenen Auffassung einer Stützung der Landwirtschaft schlechthin auf Kosten der Allgemeinheit frei machen und die Bahn für eine natürliche Auslese der innerlich gefunden und Ausmerzungen der im Kern erkrankten Betriebe ebnen muß, ein Vorgang, der bei allen sonstigen Wirtschaftszweigen stets als Selbstverständlichkeit angesehen worden ist. Wenn die im Gange befindliche Reorganisation des staatlichen Kreditwesens auf diesem Gebiete dazu führen sollte, so wird die Landwirtschaft selbst, aber auch die Gesamtwirtschaft nur Vorteile davon haben können. — Auf dem Gebiete der Wohnungsbeschaffung wird eine durchgreifende Lösung als unabweisliches Gebot bezeichnet. Man wird erwarten dürfen, daß der lange und immer wieder von fast allen Seiten ausgesprochene Wille zur Hilfe sich endlich in tatkräftige, praktische Arbeit umsetzt. Wir an unserem Teil sind bemüht, soweit es unsere Kräfte erlauben, mitzuarbeiten, und wir freuen uns, feststellen zu können, daß es uns in relativ kurzer Zeit möglich war, durch Herabgabe gut gesicherter Bauzweckkredite die Errichtung von rund 4000 Wohnungen zu ermöglichen. Wir glauben damit der Volkswirtschaft einen guten Dienst erwiesen zu haben und sind entschlossen, auch in Zukunft auf diesem Wege fortzuschreiten.“

Gewiß bedeuten die durch Unterstützung der Arbeiterbank entstandenen Wohnungen angesichts der ungeheuren Wohnungsnot nicht viel, aber wahrlich nicht unwichtig auch diese Wohnungen gebaut geblieben sein, wenn die Arbeiterbank nicht eingegriffen hätte. Bezüglich des geschäftlichen Ergebnisses der Arbeiterbank kurz folgendes: Der Umlauf für das abgelaufene Jahr betrug 1,35 Milliarden Mark, der Einlagenbestand rund 79 Millionen Mark am 31. Dezember 1927 gegen rund 36 Millionen Mark bei Beginn des Jahres. Der Reingewinn liegt auf 903 875,36 Mk. Es wurde eine Dividende von 10 Prozent gleich 400 000 Mk. ausgeschüttet. Dem geschäftlichen Reservefonds wurden 300 000 Mk., dem Spezialreservefonds 150 000 Mk. gutgeschrieben. Die offenen Reserven betragen somit 1 100 000 Mk., 53 875,36 Mk. wurden auf neue Rechnung vorgetragen. Die Arbeiterbank hat zur Zeit 32 Vertretungen im Reich, 12 neue Zahlstellen wurden im Laufe des Jahres eröffnet. Beachtet man, daß der Einlagenbestand am 1. Januar 1924 200 000 Mk. betrug und am Schluß des abgelaufenen Jahres 790 Millionen Mark, so ist dies eine Entwicklung, die in der Geschichte des Bankwesens einzig dastehen dürfte.

Die Hand- und Kopfarbeiter haben alle Ursache, sich über die Entwicklung ihres Unternehmens zu freuen. Aber es muß festgehalten werden, daß eine weitere günstige Entwicklung nur möglich ist, wenn die Funktionäre der Arbeiterbewegung sich auch ferner in den Dienst der Sache stellen und alle verfügbaren Gelder der Gewerkschaften, der sozialen Institutionen usw. der Arbeiterbank zugeführt werden.

Wissenswertes für jeden, der in der und für die Arbeiterbewegung wirkt

Bearbeitet und zusammengeleitet von M. Abramowitsch-Sefimof. (Nachdruck sowie Uebersetzung ohne Genehmigung des Verfassers verboten.)



Rasse (Menschenrasse) ist eine größere Gruppe von Individuen, die sich durch eine bestimmte, durch äußere Naturauswirkungen (Klima, Bodenschwankungen u. dgl.) hervorgerufene, ständige und vererbare körperliche Eigenart des Gliederbaues, der Gehirnmasse, der Haut-, Haar- und Augenfarbe u. a. m. von den anderen unterscheidet. In der Urzeit und bei den primitiven, auf niedrigsten Entwicklungsstufen befindlichen Völkern, — überall, wo die Menschen noch in kleineren, voneinander getrennten, sich selbst genügenden Gruppen wirtschaften, dort erhält sich die Rassenart am reinsten, und jede in sich geschlossene Gesellschaft weist dort auch eine gewisse Rasseinheit auf. Mit der weiteren Wirtschaftsentwicklung jedoch nimmt auch der gesellschaftliche Verkehr immer mehr zu. Die Entwicklung des Tauschverkehrs, der Uebergang von Natural- zur Geldwirtschaft und die dadurch geförderte Weiterentwicklung des Handels brachten die verschiedensten Völker einander näher und des gegenseitigen Verkehrs wurde immer inniger. Dies hatte im Laufe der Zeit auch die Vermengung der Rassen zur Folge: Je höher der soziale Entwicklungsgrad, je mehr werden die Rassengrenzen verwischt. So finden wir heute die Rassenarten am meisten erhalten nur noch in den in ihrer Entwicklung

rückständigsten Gegenden und Weltteilen: Die Negerrasse in Australien und Afrika, die gelbe Rasse in Asien, die Indianer Amerikas. Von den modernen europäischen Völkern bildet heute kein einziges eine bestimmte Rasseinheit mehr: Die Deutschen ebensowenig wie die Franzosen, Engländer u. a. f. Jedes dieser Völker stellt vielmehr eine mehr oder weniger bunte Mischung der verschiedenen Rassentypen dar. — In jenen Zeiten, wo die in ihrer wirtschaftlichen Existenz voneinander bedrohten Völker und Stämme zugleich auch durch Rasse voneinander getrennt waren, nahm das gegenseitig gehobte feindliche Gefühl die Form des Rassenhasses an. Mit dem Verschwinden der scharf gezogenen Rassengrenzen bei den höher entwickelten Gesellschaften hört auch dieser Haß auf. Ein Europäer „germanischer“ Ursprungs empfindet heute bei Begegnung mit einem anderen Europäer „romanischer“ Herkunft absolut nichts von dem, was man Rassenhaß nennen kann. Der heutzutage noch von gewissen Kreisen propagierte Rassenhaß ist ein künstliches Gezücht, das nur gepflegt wird, um gewisse allzu nackte Interessen und Bestrebungen zu bemänteln, die mit Rasse als solcher in Wirklichkeit nichts zu tun haben.

Staat ist die politische Zwangsorganisation einzelner menschlicher Gesellschaften zur Normierung und Sicherung der wirtschaftlichen und der sich aus diesen ergebenden Rechtsbeziehungen. Der Staat ist demnach eine gesellschaftliche Organisationsform, die erst allmählich, im Verlauf einer längeren Geschichtsentwicklung, sich herausgebildet hat. Solange die Menschheit sich noch auf jener niedrigsten Stufe befand, auf der es keine differenzierte Wirtschaftsorganisation gibt, fehlten auch noch alle Voraussetzungen für das Entstehen des Staates. Selbst ein Regulator der wirtschaftlichen Beziehungen der Menschen, wird der Staat seinerseits durch die Wirtschaft in doppelter Weise bedingt: sowohl in bezug auf seinen Umfang als auch hinsichtlich seiner Struktur (System, Verfassung). Ein Staat kann nur dort existieren, wo die ihn bildende Gesellschaft wirtschaftlich unab-

hängig ist. Im Mittelalter, als die Menschen noch in kleinen, in sich geschlossenen und wirtschaftlich sich selbst genügenden Gesellschaften lebten, konnten auch die winzigen Kleinstaaten bestehen. Mit der Zunahme der wirtschaftlichen Zusammenhänge in neuerer Zeit gehen die Zwergstaaten in modern-kapitalistischen Großstaaten auf. Die in unserer Zeit immer mehr zunehmende Entwicklung der modernen industriellen Wirtschaft zu einer Weltwirtschaft birgt in sich die Tendenz einer völligen Aufhebung der Grenzen — eines Aufgehens der Einzelstaaten in eine gemeinsame politische Weltorganisation der Menschheit. Im Zeichen dieser Tendenz stehen derartige Erscheinungen unserer Zeit, wie die Bestrebungen nach einer internationalen Zollunion und die Paneuropa-Bewegung. Ferner: Soll der Staat seinen Aufgaben gerecht werden können, so muß seine Struktur dem jeweiligen vorwiegenden Wirtschaftssystem angepaßt sein. Daraus ergeben sich die Wandlungen, die der Staat infolge wirtschaftlicher Systemwechsel durchmacht. So ist die zum Absolutismus (Selbsterhaltung) sich zuspitzende monarchistische Ordnung des Feudalstaates dem agrarischen Wirtschaftssystem des Mittelalters ebenso angepaßt, wie andererseits die demokratisch-republikanische Staatsform dem Charakter der industriekapitalistischen Wirtschaftsstruktur unserer Zeit entspricht. Jedes: Alle diejenigen Wirtschaftssysteme, die das Bestehen einer staatlichen Organisation notwendig machen, sind stets zugleich Rassenpolitiken, das patriarchalische ebenso wie das feudale und kapitalistische. Innerhalb eines jeden dieser Systeme herrscht eine bestimmte Gesellschaftsklasse vor, die das gesamte Wirtschaftssystem wie auch den Staat zugleich repräsentiert, und nach der sich auch die regulierende Tätigkeit des Staates richtet. Stets bildet der Staat das politische Machtmittel und Werkzeug der jeweilig herrschenden Klasse. In diesem weitesten Sinne ist jeder Staat ein Klassenstaat. Inwiefern bildet der Staat auch für die aufstrebende moderne Arbeiterklasse zugleich die Vorbedingung und das unerläßliche Mittel ihrer sozialen und politischen Wirkungsdringens.